

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIWOCHENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

› Gekaufte „Pressefreiheit“

Über Post-Mindestlohn, befangene Zeitungsredaktionen und linke Scheinheiligkeiten **Seite 3**

› Wir Bürger, wie stolz das klingt

Leipzigs Stadtwerke in der Diskussion: Protokolle, Meinungen, Reflexionen, Irrtümer... **Seiten 4/5**

› Russland unter Putin

Neue Züge der wirtschaftlichen und politischen Orientierung, von Sarkis Latchinian **Seiten 8/9**

› Tod einer Skilegende

Reinhard Heß, ehemaliger DDR-Cheftrainer starb am Weihnachtstag an Krebs **Seite 13**

1

2008

1,30
Euro

16. Jahrgang
11. Januar

www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

27. JAnuar

JA zu städtischer Energie

JA zu städtischem Eigentum



FOTO: EILTZER

Leipzig diskutiert; Bürger und Vereine engagieren sich, Parteien reagieren...

Seiten 4 und 5

Jugend raus?!

Nehmen wir mal an, ein denkbegabtes Wesen aus dem Weltraum landet auf unserer schönen Erde, kennt keine Zeitungsschlagzeile der letzten Tage, bekommt aber zwei Videokassetten zugesteckt und schaut sie sich an. Auf der einen das Musical „Linie 1“ über den U-Bahn-Dschungelkrieg in Berlin, auf der anderen „Schwarzfahrer“, der bittere Kurzfilm über eine Straßenbahnfahrt hierzulande, die zum Tribunal wird. Auf beiden Kassetten wettern „Alte“ auf „Junge“. Knallhart und unerbittlich. „Warum hassen in diesem Lande die Alten die Jungen?“, fragt sich das fremde Wesen.

Antworten werden je nach Temperament aufgeregt, widersprechend, abwägend auch abwiegelnd sein. Denn pöbelnde, aufmüpfige, kriminelle Junge und Alte gab es zu allen Zeiten. „Trau keinem über 30“ – hieß es vor Jahrzehnten. „Lernt erst mal richtig arbeiten“ konterten die 50-Jährigen.

2008 wird „Jugend raus“ (aus unserem Land) in Zeitungen gefordert sowie „Jugend rein“ (ins Erziehungscamp) in politischen Kreisen debattiert. Die Kanzlerin applaudiert und übernimmt die grausige Bezeichnung „Warnschussarrest“. Aus ihrer Sicht wohl nur noch zu steigern durch „Jugendwerkhöfe made in GDR“? Armes Deutschland... deine Sprachbilder! Übrigens: Ganz nebenbei ist damit die für die CDU unbequeme Mindestlohndebatte im Wahlkampf schlagwortartig vom Tisch.

Wenn man „Jugend raus“ etwas wegnuschelt, dann klingt es wie ein Pogrom aus finstersten Zeiten, als sich Hetze zu Hass und Hatz steigerte. Bitte nicht gleich aufschreien, so habe das heute keiner gemeint und gesagt. Wohl wahr! Jedoch die Stimmungs- und Wahlkampfmaschinerie eines nicht ganz unwichtigen Ministerpräsidenten läuft an, und sich heiß – auf den noch jugendlichen Rücken von „Ausgespuckten“ dieser Gesellschaft. Und die nehmen sich schon lange das „Unrecht raus, zurückzuspucken.“

In Sachsen plädierte jetzt DIE LINKE. für Zurückdrängung von Jugendkriminalität, nicht durch Gefängnisbau oder Strafverschärfung, sondern durch Bildung und Freizeitangebote. In Sachsen fordern rechtsextreme Kreise ein „Ende dieser Kuschelpädagogik“. Blicke ja nur das Gegenteil – dann wohl nicht mit Rohrstock, sondern mit Baseballschläger. Widersprüche wohin man schaut: In Leipzig prügeln sich junge Leute bis zum Exzess in der Silvesternacht – in Leipzig geht ein Verein, der sich um „ausgespuckte“ junge Männer kümmert in der gleichen Nacht finanziell pleite.

Mein denkbegabter Besuch von weither fragt ganz verzweifelt: Wer hat denn nun die rasche Lösung? Keiner. Bloß – Wegsperrern ist eine Verlagerung des bleibenden Problems in die Zukunft ...

• JOACHIM MICHAEL

Auf ein Wort bitte

PETER PORSCH
LINKSFRAKTION
SACHSEN



Ausgezogen mag er ja sein unser Georg Milbradt, um wie einst sein Namensvetter Georg den Drachen zu töten, die Menschen vor ihm zu retten, sie zum wahren Glauben an die Segnungen von Kapital und Marktwirtschaft zu bekehren und deshalb für allezeit in Wunder und Wohlstand leben zu lassen. Das mag sein! Geendet hat er, wie wir wissen, eher wie Hans im Glück. Wobei, wie es auch in diesem Märchen so war, nur ihm das als Glück deucht, was ihm widerfahren. Wenn es nur sein Schicksal wäre, so könnte man lachend darüber das Buch schließen, er hat uns aber wohl doch mit hineingerissen in sein merkwürdiges Ende. Als wäre er endlich bar aller Lasten zu seiner Mutter glücklich heimgesprungen, so kommt er mir vor, wenn er unbedarft fröhlich nun seine offenen Weihnachtsbriefe an die Sächsinnen und Sachsen schreibt und uns mit Neujahrsbotschaften beglückt, die Optimismus verordnen, seinen Optimismus

freilich, über seine Tauschaktionen. Wir hatten ja alle geglaubt, dass der Georg Milbradt uns über kurz oder lang einen Goldklumpen erarbeitet hätte, und sein Meister nannte ihn deshalb auch einen guten Finanzminister. Und wenn er ihn dennoch für einen schlechten Politiker hielt, so ahnte er wohl, was der wackere „Hans“ alias Georg noch aus dem Klumpen machen würde. Schwer war dieser, aber hinderlich am schnellen Fortkommen, weshalb er bei Hans im Glück als

Milbradt, die Märchen und sein Name

Ganzes gegen ein Pferd und bei Georg zu einem erklecklichen Teil gegen eine Landesbank getauscht wurde. Hans hatte aber mehr Glück als Georg, denn Hans erfuhr recht schnell, wie bockig ein solcher Gaul sein konnte – und ihn abzuwerfen vermochte. Bockig und zickig zeigte sich Georgs Landesbank wohl auch zeitig. Schnell dorthin, wo Milch und Honig zu erwarten war, brachte sie ihn aber nicht. Immer wieder sollte das Erworbene deshalb verwandelt werden, um endlich seinen Zweck erfüllen zu können. Was da wird, sehen wir bei Hans im Glück. Was da den Sächsinnen und Sachsen wurde, zeigte sich letztes Jahr bei Georg und der

Landesbank. Es wurde nicht die Milch der Kuh, es wurde nicht das Fleisch des Schweins, nichts war mit Fett und Federn der Gans. Am Schluss war es ein schwerer Feldstein statt eines gewinnbringenden Schleifsteines. Es kam, was kommen musste – alles fiel in den Brunnen – und Georg, nein er sprang nicht etwa nach, sondern war es glücklich und zufrieden (siehe oben).

Wir Sachsen und Sächsinnen stehen mit Georg jetzt so dumm da, wie der Hans. Den Drachen hat Georg auch nicht getötet. Der hat ihn eher gebissen. Vom Drachentöter ist nur überliefert, dass er Georg hieß, von unserem Georg wissen wir, dass er noch dazu Milbradt heißt. Möglicherweise hat er wenigstens seinem Namen Milbradt Ehre gemacht. Nimmt man die mögliche Herkunft aus dem Germanischen, so müsste der Georg milde gewesen sein. Milde lächeln kann er wohl, Milde walten lässt er nie. Dringt an sein Ohr, er wäre doch der Georg im Pech gewesen, so lässt er dafür andere büßen. Er löst ab, schmeißt raus und verteilt Schuld. Nur sich selbst gegenüber gilt die Milde allezeit. Aber da gibt es noch einen Vorschlag zur Herkunft des Namens. Kommt der Name aus dem Slawischen, so hätte der Milbradt ein „Miobradt“ sein können; ein „lieber Bruder“.

Tja, sage ich da nur, die „lieben Brüder und Schwestern“. Ich glaube, das ist es. Der Name passt! Wir hätten es wissen müssen!

Silvester am Connewitzer Kreuz:

Differenziert betrachten

LN. Fast einmütig werden von den PolitikerInnen dieser Stadt Law-and-Order-Maßnahmen gegen Linksextremisten, vermeintlich dem „Schwarzen-Block“ Zugehörige und Randalierer eingefordert, stellt eine Pressemitteilung fest, für die Juliane Nagel, Mitglied des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE. Sachsen und Mitarbeiterin des linXXnet, verantwortlich zeichnet. Weiter heißt es dort: „Dass der Polizeieinsatz am Connewitzer Kreuz die durchaus kritisch zu bewertende Zerstörungswut eines Teils der versammelten Menschen eher anheizte als befriedete, bleibt dabei ausgeblendet.“ So sei die Polizei vehement gegen die am Kreuz Anwesenden vorgegangen. Statt auf Deeskalation zu setzen, seien immer wieder Polizeieinheiten vorgeückt und mit Schlagstöcken und Pfefferspray auf die Versammelten losgegangen – auch auf das Gros der Unbeteiligten, die versuchten beruhigend auf beide Seiten einzuwirken. Zur Beurteilung der Gesamtsituation müssten beide Seiten, die sinnloser Zerstörungswut wie auch die einer überreagierenden gewaltvollen Staatsmacht, betrachtet werden.

Aus einer solchen differenzierten Perspektive erscheint die verbale und pauschale Kriminalisierung von Bewohnern und Bewohnerinnen des Stadtteils Connewitz durch den Polizeipräsidenten Müller (LVZ vom 2.1.08) mehr als überzogen.

Auch Rüdiger Ulrich von der Leipziger Stadtratsfraktion der Linken fordert eine Beurteilung der Gesamtsituation, vor allem aber, dass „Randalierer, die das Eigentum anderer beschädigen und dabei auch noch gewalttätig auf andere Menschen losgehen“ auf schnellstem Wege strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden müssen. Mit politischen Überzeugungen habe das nichts zu tun: „Im Gegenteil: Sie verunglimpfen Menschen, die sich mit friedlichen Mitteln für Frieden, Völkerverständigung, soziale Gerechtigkeit und gegen Rechts extremismus einsetzen. Es verwundert nicht, dass sich nun Experten zu Wort melden, die die Gefahr des Linksextremismus heraufbeschwören und dabei entgegen aktueller Statistiken diese gleichsetzen mit der Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht, wie dies Prof. Jesse im LVZ-Artikel vom 3.1.2008 getan hat.“

Veröffentlichung gemäß §8 des sächsischen Pressegesetzes

Leipzigs Neue wird vom Projekt Linke Zeitung e. V. herausgegeben. Der Verein besitzt kein Kapital. LN finanziert sich ausschließlich aus den Vertriebs- und Anzeigenerlösen sowie aus Spenden.



Zweitbeste Lösung?

Zuerst das Positive. Es ist den „bürgerrechtlichen“ Bilderstürmern nicht gelungen, das Relief der Künstler Frank Rüdigkeit, Klaus Schwabe und Rolf Kurth, das den Eingang des Rektoratsgebäudes der Karl-Marx-Universität schmückte in den Orkus zu verbannen. Und nicht nur das. Es wird sogar wieder aufgestellt.

Doch nun das Negative. Als neuen Standort wählte der Senat der nunmehr namenlosen Universität einen Ort mit einer sehr eingeschränkten Öffentlichkeit – hinter der Mensa im Campus an der Jahnallee liegend. Rektor Franz Häuser

meint, das wäre die zweitbeste sich anbietende Lösung. Aus der Sicht Rektors Häuser mag das so sein. Argus hingegen teilt da die Meinung von Frau Birgit Franz, die sie in einem Leserbrief in der LVZ kundtat: „Der neue Standort des Karl-Marx-Reliefs ist für mich nicht nur ‚die zweitbeste Lösung‘, sondern eine sehr schlechte, unwürdige obendrein! Es ist eine Schande, dass die Stadt nicht das Kreuz hat, dem Vorschlag der Uni zu folgen und es in Uni-Nähe, das heißt im Stadtzentrum zu installieren! ... Der Campusumbau hätte sicherlich die Chance geboten, für dieses Werk einen adäquaten Standort zu finden – wenn der Wille da gewesen wäre.“

Der Beschluss des Universitäts-Senats, das Relief Aufbruch auf einem Nebengelände der Hochschule wieder aufzustellen, war auch dem Evangelischen Pressedienst (epd) eine Meldung wert. Da war dann u. a. zu lesen: „Das in DDR-Propagan-

damanier gefertigte 14 Meter breite und sieben Meter hohe Relief mit einem Kopf des kommunistischen Vordenkers Karl Marx (1818-1883) hing seit 1973 am mittlerweile abgerissenen Hauptgebäude der Universität im Leipziger Zentrum. Es befand sich an der Stelle der früheren Universitätskirche St. Pauli, die 1986 gegen den Widerstand vieler Leipziger und Studenten auf Weisung des SED-Regimes gesprengt worden war.“

Nein, Argus ist nicht auf den epd abonniert, jedoch auf die „sozialistische Tageszeitung“ Neues Deutschland, die es fertig brachte, diesen aufschlussreichen Text ihren Lesern vorzusetzen.

Doch sei es wie es sei – für Argus wird beim Umgang mit dem Relief Aufbruch erneut deutlich: An den Mitbegründer des modernen Kommunismus, Karl Marx, beißen sich die bourgeois Kleingeister jeglicher Couleur die Zähne aus.



Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Dezember

Im November war Schluss mit der günstigen Entwicklung, die Zahl der Leipziger Arbeitslosen stieg im Dezember um 697 auf 58 943. Gegenüber dem Vorjahr allerdings gibt es eine Entlastung, die Zahl der Arbeitslosen im Agenturbezirk Leipzig sank um 6512.

Den bundesweiten Dezemberanstieg um 28 000 Arbeitslose begründete Agenturchef Weise als jahreszeitlich bedingt, wobei der kleine Osten die „Hauptportion“ mit 22 000 kassierte. Da am 21. Dezember Stichtag war, sind allerdings diejenigen, die unmittelbar vor oder nach Weihnachten u. a. von BMW Leipzig gekündigt wurden, noch gar nicht erfasst. Die Zahl der arbeitslosen Alg-II-Empfänger stieg leicht auf 31 454. In Sachsen stieg die Arbeitslosenzahl um 6300 auf 294 381.

• JOACHIM SPITZNER

Für „Zentrum gegen den Krieg“

LN. Der „Willy-Brandt-Kreis“ hat einen Aufruf für ein „Zentrum gegen Krieg“ als eine politische, vor allem eine ehrlichere, eine weiter gehende Alternative zum umstrittenen „Zentrum gegen Vertreibung“ initiiert. Sie schließt die Ächtung von Vertreibung ein, verharre nicht bei den Folgen von Kriegen, sondern ziele auf deren Ursachen, wie die Linkspolitikerin Petra Pau erklärt.

Am 1. Januar hatte Hartz IV dritten Geburtstag. Kein Grund zum Feiern für die große Mehrzahl der davon Betroffenen. 347 Euro pro Monat ermöglichen keine Teilhabe am öffentlichen Leben. Mehrwertsteuer und spürbare Verteuerung der Lebensmittel im vergangenen Jahr verstärkten diese Abkopplung weiter. Darüber hinaus widerspricht die zur Schau gestellte Selbstsicherheit der Verantwortlichen in Bund, Land und in Leipzig auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik den Erfahrungen der Betroffenen. Bei dem Verweis auf die höchste Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze seit

Arbeitsmarktdaten günstig

Leipzig bleibt Schlusslicht

Jahren wird unterschlagen, dass eine Vielzahl dieser Stellen das Attribut „prekär“ trägt. Bei ihnen liegen die Verdienste unterhalb der Armutsgrenze, so dass es staatlicher Beihilfen zum Lebensunterhalt bedarf.

Mit einer für die Wintermonate nicht so schlechten Arbeitslosenrate von 15,5 Prozent liegt die Stadt Leipzig nach wie vor deutlich über dem

sächsischen Durchschnitt von 13,4 Prozent und den Werten von Dresden und Chemnitz.

OBM Jung und sein zuständiger Bürgermeister sind daher gut beraten, wenn sie die Zeit bis zur Sondersitzung des Stadtrates nutzen, um Lösungsansätze für die kommunale Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Arbeitsgemeinschaften ermöglicht jetzt Veränderungen der Arbeitsmarktpolitik. Allerdings muss dieser Prozess politisch geführt und nicht wie bislang vorwiegend moderiert werden.

• WOLFGANG DENECKE

Das Monopol der Deutschen Post auf die Briefzustellung existiert nicht mehr, und die Einführung eines Mindestlohnes für Briefsortierer und -zusteller ist beschlossen. Wenn zur Zeit auch noch über dessen Höhe und seinen Geltungsbereich gestritten wird, so lässt sich doch schon eine Zwischenbilanz für die Beschäftigten und für die vor allem betroffenen Privatkunden – also im Grunde für die gesamte Bevölkerung – ziehen. Außerdem ist kritisch zu hinterfragen, wie sich rechte und linke Akteure in den bisherigen Auseinandersetzungen bewegt haben.

Fragwürdiges Geschäftsmodell

Die Gegner des Mindestlohns drohten und drohen mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen. Das ist ein neoliberales Scheinargument, denn die in Deutschland zu befördernde Menge an Postsendungen wird weder durch den Wegfall des Briefmonopols noch durch den Mindestlohn beeinflusst. Es geht den neuen Konkurrenten vielmehr darum, der Deutschen Post Marktanteile abzujagen. Dazu wurden vor allem zwei Wege eingeschlagen. Der eine ist die Unterbietung der bisherigen Postgebühren durch ein auf Dumpinglöhnen beruhendes Geschäftsmodell; dabei rechneten die neuen Briefdienstleister damit, dass ihre zum Leben nicht ausreichenden Löhne zu Lasten der Allgemeinheit über das ALG II aufgestockt werden – eine ziemliche Unverfrorenheit! Wenn aber überschüssige Kapazitäten am „Briefmarkt“ vorhanden sind, ist zu fragen, bei welchen Unternehmen die Jobs wegfallen müssten: bei der Deutschen Post mit vergleichsweise höheren Löhnen oder bei den Konkurrenten mit Niedriglöhnen? Setzte sich das auf Dumpinglöhnen beruhende Geschäftsmodell durch, dann müsste die gelbe Post Arbeitskräfte in die Arbeitslosigkeit oder in prekäre Beschäftigungsverhältnisse entlassen. Der zweite Weg der Konkurrenten ist das Herauspickeln der Rosinen aus dem Geschäftskuchen der Postleistungen: Das sind die möglichst in den Städten selbst zuzustellenden Massensendungen von Kleinunternehmen, Vereinen oder auch öffentlichen Ämtern; hier sind trotz eines unterschiedlichen Transportaufwandes aber bei einheitlichen Briefportos die größten Gewinne zu erzielen. Dabei wird zum Teil auch übel getrickst: Manche neuen Postdienstleister sichern bundesweite Zustellung zu, vermeiden aber die höheren Kosten für die Lieferung über längere Entfernungen, indem sie ihnen übergebene Sendungen frankieren und in den nächsten gelben Briefkasten werfen; das Porto der Deutschen Post kommt den neuen Briefdiensten für die längeren Distanzen billiger als der eigene

Post-Mindestlohn, befangene Zeitungsredaktionen und linke Scheinheiligkeiten

Mit dem Fall des jahrhundertelangen bewährten Postmonopols ein sich kaum mehr rechnendes Auslaufmodell: Der gelbe Spreeewälder Postkahn, der seine acht-Kilometer-Tour von Lehde aus an den etwa 80 Wohngrundstücken und etlichen Ferienhäusern vorbei zieht. Über 100 Jahre war er ein einmaliges Postbeförderungsmittel – und zugleich die kleinste Postbank-Filiale.



Transport. Dabei scheuten sie sogar nicht davor zurück, in der Einlaufphase die Briefe teurer zu frankieren, als sie diese von den Auftraggebern bezahlt bekommen.

Mit den Gewinnen aus den Massensendungen hat die Deutsche Post auch die über dem Porto liegenden hohen Kosten für die Zustellung bis ins letzte Dorf abgedeckt, zu der sie gesetzlich verpflichtet ist. Würden sich die neuen Anbieter mit ihren bisherigen Dumpinglöhnen und mit der beschriebenen Arbeitsteilung durchsetzen, bliebe der gelbe Post nichts anderes übrig, als die Briefmarken für die überregionalen Sendungen zu verteuern. Oder wie sollte sonst die Zustellung in der Fläche finanziert werden? Dann kämen allerdings die privaten Haushalte auf Umwegen für die Gewinne der neuen Briefdienstleister auf, abgesehen davon, dass wir die uns vertraute Postbotin seltener sehen, geschweige denn uns bei ihr zum Weihnachtsfest oder – wie früher – zum Internationalen Frauentag mit einer kleinen Aufmerksamkeit bedanken könnten. Völlig unklar ist, wie zukünftig Nachsendungen bei Wohnungswechsel und Lagerungen während zeitweiliger Abwesenheit erfolgen können; bisher war mit einem Gang zur Post das alles geregelt, aber wer ist zukünftig der Ansprechpartner? Nichtzustellbare Sendungen, übervolle Briefkästen und manch anderes werden Absendern und Empfängern öfter Ärger bereiten. Welche Position sich in der Auseinandersetzung um den Min-

destlohn durchsetzen würde, war lange Zeit ungewiss: Auf der einen Seite die neuen Briefunternehmen mit dem neoliberalen Geschäftsmodell – die größten unter ihnen von Medienkonzernen betrieben –, unterstützt von CDU und FDP, und auf der anderen Seite die Deutsche Post mit Tarif-Löhnen, unterstützt von der Gewerkschaft ver.di, der SPD und der Partei DIE LINKE.

Die Befürworter der radikalen Marktöffnung setzten alle Mittel ein – einschließlich der Gründung einer ihnen hörigen Splittergewerkschaft. Aber vor allem nutzten sie ihre Medienmacht, um für ihre Absichten demagogisch zu werben.

Gekaufte „Presefreiheit“

Seit Monaten berichten und kommentieren die den Großverlagen gehörenden Blätter – wie auch die einzige Leipziger Abonnements-Tageszeitung – sehr einseitig für neue Briefdienstleister und gegen die Deutsche Post. Ja, noch mehr: Während sonst zu einer Vielfalt von Anlässen häufig auch kritische Leseräußerungen zu lesen sind, wurden diese zum Thema Briefdienste weitgehend ausgespart. So gelang es mir erst beim dritten Anlauf, in der *Leipziger Volkszeitung* einen Leserbrief zu veröffentlichen.

• Der erste zur ganzseitigen Anzeige des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger e. V. (BDZV) am 6. November, in der dieser einen „fairen Wettbewerb“ forderte, erschien nicht. Ich hatte gerade ein Schreiben,

das nachweislich an einen neuen Dienstleister gegeben wurde, über die Deutsche Post zugestellt bekommen.

• Der zweite („Dummheit oder Demagogie?“) mit einer Kritik an der einseitigen Nachricht „Post-Verband: 20 000 Jobs droht das Aus“ in der *LVZ* vom 6. Dezember wurde ebenfalls nicht veröffentlicht.

• Erst die dritte Zuschrift und zwar zum Kommentar „Gleiches Recht“ am 15./16. Dezember gelangte – wenn auch erheblich gekürzt – mit der Überschrift „Nur die Rosinen aus dem Kuchen“ an die Öffentlichkeit; die *LVZ* hatte den Umstand unterschlagen, dass die Deutsche Post von der Mehrwertsteuer befreit ist, weil sie die kostenaufwändige Zustellung flächendeckend im gesamten Bundesgebiet gewährleistet. Der Grund für diese kaum vornehm zu nennende redaktionelle Zurückhaltung wurde vollends klar, als ich im Handelsblatt vom 11. Dezember sah, dass der Hauptkonkurrent der Deutschen Post im Raum Halle-Leipzig, die Pin Group AG (einschließlich der Tochter Citypost GmbH) wie die *LVZ* zum Unternehmenskonglomerat „Madsack/DuMont Schauberg/Springer“ gehört.

Linke Politik und Realitäten

Linke Politik sollte durch die Einheit von politischer Forderung und praktischem Handeln geprägt sein; je besser beides verbunden wird, umso erfolgreicher kann sie sein. Auch darf sie sich nicht auf parlamentarische

Auseinandersetzungen beschränken: Politik wird nicht nur von Abgeordneten mit neuen Gesetzen gemacht, sondern die Realität wird vor allem auch durch das praktische Verhalten der Verbraucher und Auftraggeber verändert.

Politische Glaubwürdigkeit erfordert deshalb, nicht nur mit großen Worten die Einführung von Mindestlöhnen zu fordern, sondern bedingt auch, dass Institutionen, die der Linken nahe stehen, entsprechend praktisch handeln, in diesem Zusammenhang also durch Auftragsvergabe nur an Firmen, die die Mindestlohnregelungen und entsprechende Tarifverträge einhalten. Aber offensichtlich wird das u. a. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen nicht so gesehen; im August 2007 – als die Auseinandersetzung um den Post-Mindestlohn bereits erkennbar ihrem Höhepunkt zustrebte – wechselte sie die Seite und versendet seitdem ihre Programme wegen geringer Vorteile über einen neuen Briefdienstleister, ohne sich darum zu kümmern, welche Löhne dieser zahlt. So wird das Ringen der Gewerkschaft ver.di und der Linken um Mindestlöhne durchkreuzt. Nebenbei bemerkt: Die Friedrich-Ebert-Stiftung verschickte bisher ihre Einladungen über die Deutsche Post!

Es bleibt spannend

Wie wird es mit dem Mindestlohn weitergehen? Sicherlich wird es – wie schon im Baugewerbe und in anderen Branchen – Versuche geben, die Mindestregelungen zu unterlaufen; aber dennoch könnte er eine größere soziale Sicherheit gewährleisten. Der Springer-Verlag hat sich offensichtlich erheblich übernommen; etliche Töchter der PIN Group sind schon insolvent, bevor überhaupt der Mindestlohn eingeführt wurde. Andere, die auf das Dumpinglohn-Geschäftsmodell gesetzt haben, werden mit Recht nicht überleben.

Werden solidarische Auftraggeber auf Einhaltung des Mindestlohnes achten? Aufträge sollten nur an Firmen vergeben werden, für die Tariftreue gilt. Solange der Mindestlohn für die Briefzustellung nicht allgemein durchgesetzt ist, müsste die Zustellung von der Deutschen Post besorgt werden. Und die Deutsche Post ist gut beraten, das Porto für Massensendungen zu verringern und Dienstleistungen – wie z. B. das Abholen – für Geschäftskunden zu verbessern. Schließlich ist offen, ob die Ausweitung des Mindestlohnes über weitere Branchenregelungen erfolgt, oder ob es politisch gelingt, einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn gesetzlich festzulegen, dessen Untergrenze so bestimmt werden müsste, dass er für alleinstehende Vollzeitbeschäftigte zum angemessenen Leben ausreicht.

• JOACHIM TESCH

Protokoll eines Vorgangs

Wir Bürger – wie stolz das klingt?

3. September 2007

Die Bürgerinitiative „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“ beginnt vor der Nikolaikirche mit Diskussionen und Gesprächen ihre öffentliche Auseinandersetzung zum mit knapper Mehrheit beschlossenen Stadtwerkeverkauf.



26. September 2007

Die entscheidende Phase des Bieterverfahrens um die Stadtwerke beginnt. Bis Mitte Oktober werden verbindliche Preisangebote abgegeben. Die Stadt will sich bis zu 49,9 Prozent von ihren Anteilen am kommunalen Energieversorger trennen. Ein Wirtschaftsberatungsunternehmen, das die Verhandlungen im Auftrag der Stadt führt, soll dem Stadtrat einen Käufer vorschlagen. Ob dieser den Zuschlag erhält soll in der Novembersitzung entschieden werden.

12. Oktober 2007

Die Bilanz der ersten sechs Wochen der Unterschriftenaktion verheißt: 18 000. Auf 25 000 hofft die Bürgerinitiative, um Mitte November die entsprechenden Listen im Rathaus prüfen zu lassen.

15. Oktober 2007

Stadträte äußern sich: Sven Morlock (FDP) erwartet, dass das Bürgerbegehren die nötigen Unterschriften „rechtzeitig erlangt“. Rüdiger Ullrich (DIE LINKE.) verlangt „eine Verschiebung der langfristig angesetzten Entscheidungsrituale.“ Wolfram Lenze (Bündnisgrüne) ist dagegen das „Wahlvolk mit einem durch die Gremien gepeitschten Beschluss vor den Kopf zu stoßen.“ Axel Dyck (SPD) will nichts ändern, denn „der Stadtrat 2006 habe einen Auftrag erteilt, den es zu erfüllen gelte.“ Alexander Achminow (CDU) hofft auf eine kluge Entscheidung der Bürger, „die Zukunft abzusichern.“

22. Oktober 2007

Die Verkaufspläne verunsichern zunehmend auch die Wähler der CDU. Sie monierten, dass es das Rathaus versäumt habe, Bürgermissstrauen bei den Prozessen abzubauen.

23. Oktober 2007

Die Bürgerinitiative hat bisher 22 000 Unterschriften gegen die Privatisierung der Stadtwerke gesammelt.

26. Oktober 2007

Vier notarierte Angebote von potenziellen Interessenten an den zum Verkauf stehenden 49,9 Prozent der Stadtwerke sind im Rathaus eingegangen. Von den französischen Konzernen Veolia und Gaz des France, vom württembergischen Energieriesen EnBW sowie von Electrabel aus Belgien.

30. Oktober 2007

Beobachter schätzen einen Verkaufspreis um die 400 Millionen Euro. Der Oberbürgermeister würde davon 244 Millionen für den Schuldenabbau und für Investitionen tätigen. Aufregung gibt es um eine LVZ-Überschrift in der OBM Jung zitiert wird: „Das Bürgerbegehren sei für ihn ohne

Belang.“ Scheinbare Stadtratsmehrheiten beginnen zu wackeln.

1. November 2007

Gaz des France bringt sich mit 520 Millionen Euro in die Zielgerade des Verkaufs ein. Für den OBM ein „nachhaltiger Befreiungsschlag“. CDU-Stadtrat Achminow dazu: „Verkaufspreise sind nicht allein entscheidend“. Reiner Engelmann (DIE LINKE.): „Die Stadtwerke sind einer der Perlen, die Leipzig besitzt. Die Summe ist eine hohe Wertschätzung.“ Die Favorisierung von Atomstrom des französischen Konzerns würde – so Engelmann – die „ökologische Linie“ der Stadtwerke in Gefahr bringen. Unterhändler Zierz lässt verlauten: „So ein Angebot wird es nie wieder geben.“

2. November 2007

Die SPD-Jungsozialisten rücken von ihrer bisherigen strikten Ablehnung der Teilprivatisierung ab. Trotzdem seien solche Privatisierungen für sie „kein Grund zum Jubeln“.

4. November 2007

Der neugegründete Jugendverband der LINKEN kritisiert den OBM scharf, der die Privatisierung nicht von einer Bürgerabstimmung abhängig machen möchte. Die LINKE bedauert das „Einknicken“ der Jungsozialisten.

6. November 2007

Etwas mehr als 40 000 Leipziger haben sich in die Unterschriftenlisten des Bürgerbegehrens eingetragen. Sie werden durch die Initiatoren Mike Nagler, Wolfgang Franke und Henner Kotte im Bürgerbüro Katharinenstraße übergeben.



Foto:Eiltzer

11. November 2007

„Ernst Bedenken“ gegen den Verkauf formuliert CDU-Kreisvorsitzender Winkler: „Das könnte Arbeitsplätze in einheimischen Unternehmen kosten.“

3. Dezember 2007

Vorwürfe der CDU in Richtung SPD, die auf ein Gutachten Bezug nehmen. Die juristischen Feinheiten und Streitpunkte über Anteilsverkäufe sind für den Bürger nur schwer nachvollziehbar.

7. Dezember 2007

Die liberale Stadtratsfraktion unterstützt die Teilprivatisierung. Nach Ansicht der FDP gehört die Tätigkeit der Stadtwerke „nicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge.“

12. Dezember 2007

Die Leipziger Ratsversammlung beschließt nach Prüfung aller Unterlagen die Zulassung eines Bürgerentscheids für den **27. Januar 2008**. Eine Vorlage des Oberbürgermeisters schlägt 12 Leipzigerinnen und Leipziger für den Gemeindevwahlausschuss vor.

(FAKTEN: LN ARCHIV)

Wahlbenachrichtigung
für den Bürgerentscheid in der Stadt Leipzig
Sie sind in das Wählerverzeichnis eingetragen

Leipziger Uraufführung

Die obigen „Eintrittskarten“ für den Bürgerentscheid dürfte wohl jeder inzwischen in seinem Briefkasten entdeckt haben. Auch die Plakate der unterschiedlichsten Art sind zu bewundern. Auf dem FDP-Gelben soll man „Ja“ zum Verkauf sagen, um Kindergärten und Schulen zu finanzieren. Die Plakate der Bürgerinitiative plädieren für ein anderes „Ja“. Es gibt bei Rad- und Autofahrern aber auch Fußgängern bereits erste Verunsicherungen welches „Ja“ denn nun der eigenen Meinung entspricht. Und bei den Plakaten der LINKEN frage ich mich: Sind LINKE denn notorische „Nein-Sager“?

Wie dem auch sei: Wir erleben jetzt eine Uraufführung, den ersten Leipziger Bürgerentscheid nach „neuer Zeitrechnung“. Akteure unterschiedlichster Art haben schon lange die Bühne betreten und auch hinter den Kulissen wurde schon länger souffliert und inszeniert. Man beachte nebenstehendes „Protokoll eines Vorgangs“.

Blamieren sollten sich die „Heldenstädter“ jedenfalls nicht durch Wahlenthaltung.

Plakate sind das eine, Foren und Diskussionen das andere. Mein Terminkalender wird an den kommenden Januarabenden noch etwas gedrängter sein. Jeder sollte die vielfältigen und auch widersprüchlichen Angebote nutzen, damit am Ende keiner sage: Das habe ich so nicht gewollt...

Das meint ...

Euer
Lipsius



Von A wie „Aufregung“ bis U wie „Unterstützung“

attac Leipzig, attac campus Leipzig
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat zu Leipzig
Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Leipzig
Bürgerinitiative 1990 Lützschena-Stahmeln
Bürgerinitiative "Leipzig braucht ein Sozialticket"
Bürgerverein Gohlis, Bürgerverein Leutzsch
Bürgerverein Messemagistrale, Bürgerverein Möckern-Wahren
Bürgerverein Probstheida, Bürgerverein Schönefeld e.V.
Leipziger Komitee für Gerechtigkeit e.V.
Die Linke, Fraktion im Stadtrat zu Leipzig
Die Linke, Stadtverband Leipzig
Linke.SDS Hochschulgruppe
Mehr Demokratie e.V., Mieterverein Leipzig e.V.
Naturschutzbund NABU Leipzig
Ökolöwe Umweltbund Leipzig e.V.
Politik- und Sozialforum Leipzig
Gunter Böhnke, Kabarettist
Christian Führer, Pfarrer Nikolaikirche
Ingo Graf, Musiker
Friedrich Magirius, Cornelius Weiss,
Ulrike Nitzschke, MDR-Moderatorin

Übrigens:

In Meißen scheiterte 2006 die Privatisierung der Elblandkliniken. Ein Bürgerbegehren sammelte 33 000 Unterschriften. Daraufhin machten die Kreisräte ihren Veräußerungsbeschluss, das kommunale Krankenhaus zu 51 Prozent zu verkaufen, rückgängig.

Bürger wollen selbst entscheiden

Ein Plädoyer des Stadtrates Reiner Engelmann (Die LINKE.) zum bevorstehenden Bürgerentscheid

Seit nunmehr fünf Jahren wird durch verschiedene Kreise in die Öffentlichkeit getragen, dass städtische Betriebe weniger gut in der Lage seien, die Daseinsfürsorge zu leisten, als Private. Sie seien unwirtschaftlich, sie seien schlecht kontrolliert und sie seien undurchschaubar. Warum sich die FDP für das Zerschlagen des kommunalen Eigentums stark macht, lässt sich klar umreißen. Sie arbeitet in ihrem Selbstverständnis für die Privaten. Warum die CDU Leipzigs in dasselbe Horn bläst, ist völlig irrational. Es kann nur damit erklärt werden, dass sie Angst vor der politischen Verantwortung hat. Denn mit dem faktischen Konkurs der Sachsen LB haben sie in Sachsen wie vor Jahren bereits in Berlin bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind wirtschaftlich zu führen.

Viele Bürger haben nunmehr gefordert, kommunales Eigentum in kommunaler Hand zu belassen. Sie wollen selbst entscheiden und haben auch die Nase voll von der Bevormundung der Stadt durch das Regierungspräsidium. So wurde der Haushalt erst bewilligt, nachdem ein Verkaufsbeschluss gefasst war. „Sparen heißt hier Verkaufen“; kritisierte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN Ilse Lauter und fügte hinzu, die Verschleppung der Haushaltsgenehmigung durch Regierungspräsidenten Steinbach geschah offenbar unter einem klar erkennbaren Vorsatz. Eine Landesbehörde – nicht gewählt – setzt die Kommune auf diese Weise unter Druck, ihre besten „Milchkühe“ zu

Markte zu treiben. Mit wirtschaftlicher Kompetenz und einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung hat dies nichts zu tun. Nimmt man die Berichte der städtischen



Bürgerinitiative in Aktion - Viele Hände werden gebraucht

Fotos:Eiltzer

Betriebe und Gesellschaften zur Hand, dann wird z. B. für die Stadtreinigung deutlich, dass mit solch einem kommunalen Instrument weit mehr geleistet werden kann, als die Müllentsorgung. Und die LWB, die unter der Führung der CDU in das Finanzdilemma geschlittert ist, beweist inzwischen, dass sie faktisch allein den Stadtbau schultert und trotzdem konsolidieren kann. Es ist kaum vorstellbar, was in Leipzig mit den privaten Wohnungseigentümern geschähe, wenn die 30000 leerstehenden Wohnun-

gen aktiviert werden würden, was bei einer Totalprivatisierung der LWB die Folge wäre.

Dass die Strategieunfähigkeit der Kommune nur eine Mär ist, beweisen die viel-

mit wenigstens zwei Auftraggebern, zum einen der Stadt, die mit der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs steuernd eingreift, und zum anderen des Fahrgastes, der Bahn und Bus nutzt. Man kann doch nicht in die Welt streuen, dass dies Subventionen sind. Die städtischen Zuschüsse sind der Preis für eine geordnete und moderne Infrastruktur.

Und wenn die Beigeordnete für Finanzen Bettina Kudla meint, die Stadträte seien quasi „Dumpfbacken“ ist sie ein Opfer ihrer eigenen Ideologie geworden.

Die Tatsachen sprechen allerdings eine andere Sprache. 40.000 Bürger sind der Meinung, wir Stadträte dürfen über ein solch wichtiges Eigentum nicht allein befinden. Dies sei einzig und allein Sache der Bürger selbst.

An dieser Stelle greift die repräsentative Demokratie nicht mehr in ausreichendem Maß, so die Meinung vieler.

Die Wahlversprechungen waren von Lager zu Lager andere, als sie die Beschlusslagen des Stadtrates widerspiegeln. Deshalb wünsche ich mir, dass die Leipziger am 27. Januar an die Wahlurne gehen und ihren eigenen politischen Willen kundtun. Bis dahin wünschen wir uns, dass Verwaltung und die politischen Parteien gemeinsam mit den Bürgern über das Wohl und Wehe städtischen Eigentums diskutieren.

Meine Partei wird den Bürgern empfehlen, beim Bürgerentscheid mit „Ja“ zu stimmen..

(Protokolliert im Stadtrat am 12.12.07)

Leipziger Schaufenster



Rückblick: Dunkel und Licht

Um die finsternen Zustände auf Leipzigs Straßen zu beenden, erfolgte 1836 im Leipziger Rat ein Beschluss über eine stadteigene und städtische verwaltete „Gasbeleuchtungsanstalt“. Mit der Inbetriebnahme des ersten Gaswerkes im September 1838 begann Leipzig die Energieversorgung in eigene Verantwortung zu übernehmen. Beim Wasser geschah das schon seit Beginn des 16. Jahrhunderts.

Als 1879 die erste gebrauchsfähige Glühlampe flackerte, hielten Stromleitungen und Steckdosen bald auch in Leipzig Einzug. Nach jahrelanger Begutachtung bekam die Firma „Siemens und Halske“ den Auftrag für eine sogenannte Stadt-Lichtanstalt. Der Vertrag wurde für 10 Jahre festgeschrieben. Ab 1905 gewährleistete die städtische Elektroenergieversorgung ein eigenes Leipziger Kraftwerk und ab 1929 kam die Fernwärme hinzu. Schon 1919 vollzog sich die Kommunalisierung der „Großen Leipziger Straßenbahn.“ So wurden bis 1949 alle städtischen Versorgungsaufgaben durch die Stadtwerke gelöst.

Nach einigem organisatorischen und politischen Hin und Her wurde 1954 für das Gebiet des Bezirkes Leipzig die volkseigene „Energieversorgung Leipzig“ geschaffen, die bald das Kraftwerk und die Gasversorgung integrierte. 1973 entstand das Energiekombinat Leipzig.

Leipzig war die erste Stadt nach Anschluss an die BRD mit eigenen Stadtwerken. Im Juli 1992 als GmbH. Die hatte rasch annähernd 275000 Tarif- und Sonderkunden für Elektroenergie, 43000 für Erdgas und 4900 für Fernwärme. Anno 2002 gab es die erste Auslandsbeteiligung der Stadtwerke. Im Jahr darauf folgte eine Beteiligung am polnischen Fernwärmeversorger in Gdansk... • Z

Der Hellseher...



Leipzig - Jetzt spielt sich auch noch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (48, SPD) beim Verkauf der Stadtwerke zum Politik-Orakel auf. Während man in der Messestadt noch heftig über den 520-Millionen-Euro-Deal streitet, scheint der für den Politiker aus Berlin schon längst in Sack und Tüten. In einem Interview mit dem Deutschland Radio sagte er jetzt: „In Leipzig ist gerade ein Stadtwerk in öffentlicher Hand verkauft und privatisiert worden. Gekauft hat es ein französischer Staatskonzern...“ in BILD 19. 12. 07

Termine für Argumente

Wer? Wann? Wo?

14. Januar 2008, 19 Uhr
linXXnet, Bornaische Str. 3d

Vortrag und Diskussion
Privatisierung in der Legitimationskrise

Zu Gast: Prof. Rainer Rilling (Soziologe und Politikwissenschaftler)
Eine Veranstaltung von linXXnet

16. Januar 2008, 18 Uhr

Volkshaus, ver.di Saal

Öffentliche Diskussion

„Wohnen ist Menschenrecht“ - Erfahrungen der Bürgerinitiative in Freiburg

Zu Gast: Bernd Wagner, Freiburg

Eine Veranstaltung der Initiative Bürgerbegehren

17. Januar 2008, 19 Uhr

Gartenfreunde Südost, An der Tabaksmühle 44a

Öffentliche Diskussion

Ja zum Stadtwerke-Anteilsverkauf. Nein beim Bürgerentscheid!

Zu Gast: Axel Dyck, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat

17. Januar 2008, 19 Uhr

Gartenfreunde Südost, An der Tabaksmühle 44a

Öffentliche Diskussion

Ja zum Stadtwerke-Anteilsverkauf. Nein beim Bürgerentscheid!

Zu Gast: Axel Dyck, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat

21. Januar 2008, 19 Uhr

linXXnet, Bornaische Str. 3d

Vortrag und Diskussion

"Deprivatisierung und dann? - Linke Perspektiven in Bezug auf öffentliche Daseinsvorsorge-Verwaltung"

Zu Gast: Andrej Holm, Stadtsoziologe, Berlin

Eine Kooperationsveranstaltung von linXXnet und StuRa der Uni Leipzig

Mit dem demografischen Wandel kommen gravierende Veränderungen auf uns zu, die Auswirkungen auf alle Lebensbereiche haben und alle Generationen betreffen. Diesen Prozess wollen wir Älteren nicht nur kritisch begleiten, sondern im Sinne der Wahrnehmung unserer Interessen aktiv mit gestalten.

Von den Abgeordneten aller demokratischen Parteien im Sächsischen Landtag erwarten wir, dem von der Linksfraktion eingebrachten Seniorenmitwirkungsgesetz zuzustimmen, weil die darin enthaltenen Regelungen die Rahmenbedingungen für das aktive Mitwirken älterer Menschen vor Ort, auf Kreis- und Landesebene wesentlich verbessern würden. Die Zustimmung zu diesem Gesetz, an dessen Erarbeitung zahlreiche Verbände, Vereine und Seniorenvertretungen mitgewirkt haben, wäre die große Chance, die Interessen der älteren Generation über parteipolitisch motivierte Verweigerungshaltungen zu stellen.

Selbstverständlich ist der demografische Wandel mit großen Risiken verbunden; aber er birgt auch die Chance eines politischen Aufbruchs mit dem Ziel, im Freistaat Sachsen Chancengleichheit für alle Generationen zu schaffen. Dieser Weg wird steinig sein, aber gerade wir Älteren wollen ihn mitgehen und dabei unsere reichen Lebenserfahrungen einbringen.

Bei alledem, das haben wir oft schmerzlich erfahren müssen, gibt es nie nur eine Lösungsvariante für Probleme und Konflikte. Wir brauchen gerade in Sachsen endlich eine Atmosphäre, wo Vorschläge ernsthaft geprüft und aufgegriffen werden, anstatt sie nur deshalb zu ignorieren, weil sie nicht aus der eigenen Partei kommen.

So verstehen wir die nachfolgenden Forderungen als unseren Beitrag zu einer in Gang gekommenen Debatte über die Auswirkungen des demografischen Wandels und die sich daraus ergebenden Heraus-

Auf demografischen Wandel einstellen Potenziale des Alters nutzen

Schneeberger Erklärung

Angenommen auf der Landesseniorenkonferenz der sächsischen Linksfraktion am 7. Dezember 2007 in Schneeberg



Nach offizieller Statistik nahm die sächsische Bevölkerung seit 1990 um rund 500 000 ab, von 4,8 Millionen auf 4,3 Millionen. 1988 lebten auf dem heutigen sächsischen Territorium noch fast 5 Millionen Menschen. Laut Vorausschätzung des Sächsischen Landesamtes für Statistik setzt sich dieser Prozess fort, so dass 2020 in Sachsen noch ca. 3,8 Millionen Menschen leben werden.

forderungen:

Sachsen braucht endlich ein tragfähiges Gesamtkonzept für seine künftige Entwicklung. Ein „Weiter so“ kann und darf es nicht geben, weil damit immer mehr Menschen ausgegrenzt und ganze Regionen vernachlässigt würden. Im Interesse unserer Kinder und Enkel wird es den selbsttragenden Aufschwung in Sachsen nur geben, wenn Investitionen in die Schaffung Existenz sichernder Arbeitsplätze gelenkt werden, anstatt sie weiter vornehmlich auf so genannte Leuchttürme oder eine überdimensionierte verkehrliche Infrastruktur zu konzentrieren. Nur so können wir der weiteren Abwanderung junger Menschen aus Sachsen begegnen.

Sachsen braucht ein modernes Schul- und Bildungswesen, das Kindern und Jugendlichen, unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern, gleiche Förder- und Entwicklungschancen bietet. Es sind

schon viel zu viele Schulen geschlossen worden, was sich verheerend auf die Anziehungskraft der betreffenden Gemeinden auswirkt. Wir nehmen nicht hin, dass sich der Freistaat immer mehr seiner Verantwortung für öffentliche Schulen entzieht und entstandene Lücken durch Privatschulen ersetzen lässt.

Wir erwarten ein Programm zur Bekämpfung von Armut, die in allen Generationen zunimmt. Ein nicht mehr hinzunehmender Skandal ist insbesondere, dass fast jedes dritte Kind in Sachsen unterhalb der Armutsgrenze leben muss. Aber auch Altersarmut wird immer mehr zu einer Massenerscheinung. Deshalb treten wir für eine am Bedarf orientierte soziale Grundversicherung oberhalb der Armutsgrenze ein. Unabhängig davon fordern wir mehr Rentengerechtigkeit, insbesondere die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den Rentenwert West noch in diesem Jahrzehnt.

Das Ansteigen des Anteils

älterer und hochaltriger Menschen an der Gesamtbevölkerung verlangt die Anpassung der Wohnverhältnisse. Wir sind nicht damit einverstanden, dass Sachsen als einziges Bundesland nur den Abriss von Wohnungen öffentlich fördert, sondern erwarten die Bereitstellung von Fördermitteln für Sanierung und Umbau nach den Bedürfnissen älterer und behinderter Menschen. Auch die Anhebung des allgemeinen Wohngeldes unter Berücksichtigung der Warmmiete ist dringend geboten.

Der Freistaat muss sich auf den höheren Pflegebedarf einstellen und darf die Verantwortung nicht weiterhin fast ausschließlich auf die Kommunen abwälzen. Deshalb bedarf es nicht nur eines Pflegebedarfsplanes des Landes, sondern im Interesse der Qualitätssicherung einer noch weitaus strafferen Kontrolle der Pflegeeinrichtungen. Pflege und gesundheitliche Versorgung immer mehr zu privatisieren und damit den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen, hat mit Humanismus und Nächstenliebe nichts zu tun. Gerade deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn für die Pflegekräfte, der der Schwere ihrer Arbeit angemessen ist und von dem man auch leben kann. Bereits jetzt herrscht in einigen sächsischen Regionen Ärztemangel sowohl im ambulanten als auch im stationären Sektor. Wenn es nicht bald zu einem Bündel von Maßnahmen kommt, wird der Ärztemangel notstandsartige Züge annehmen. Die Angleichung der Honorare an das Westniveau ist dabei nur eine, wenn auch eine wichtige Seite.

Darüber hinaus sind neue Polikliniken öffentlich zu fördern und flächendeckend Gemeindeschwestern einzusetzen. Denkbar wäre aber auch eine scheinbar radikale Maßnahme, wie die Erstattung der Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber, wenn Ärzte nicht auf dem Gebiet unmittelbarer medizinischer Betreuung tätig werden.

Landesbank-Crash

Strafrechtliche Konsequenzen!

LN. Der von Milbradt persönlich zu verantwortende Landesbank-Crash kostet die sächsischen Steuerzahler über vier Milliarden Euro. Eine Summe, die sich ergibt, wenn man die ursprünglich geplante Verkaufssumme von 1,5 Mrd. Euro zu der nun in verfassungswidriger Weise beschlossenen Bürgschaft von 2,75 Mrd. Euro in Beziehung setzt.

Der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, Dr. André Hahn, forderte deshalb den neuen Generalstaatsanwalt des Freistaates Sachsen, Klaus Fleischmann, auf, strafrechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen zu prüfen. In Betracht kämen dabei z.B. Straftaten wie Untreue zum Nachteil der Landesbank, der Anteilseigner und des Freistaates Sachsen, Urkunden- und Bilanzfälschung, Vorteilsnahme, Verstöße gegen das Banken- und Steuerrecht sowie gegen gesetzliche Aufsichtspflichten.

Als mögliche Beschuldigte nannte Dr. Hahn dem Generalstaatsanwalt neben dem Ministerpräsidenten und früheren Finanzminister Georg Milbradt u. a. die früheren Finanzminister Thomas de Maiziere und Horst Metz sowie deren Staatssekretäre, die Vorstände der Sachsen LB, der Sachsen LB Europe und der Corporate Finance Holding GmbH, die Mitglieder des Kreditausschusses, die Mitglieder des Bilanz- und Prüfungsausschusses und die Mitglieder des Verwaltungsrates der Sachsen LB, die dem Gremium in jenen Zeiträumen angehört, in denen die Entscheidungen zum Strategiewechsel der Bank und zu den extrem risikanten Geschäften getroffen wurden, die letztlich zum Notverkauf der Landesbank führten.

Hahn hofft, dass in Sachsen künftig auch die Verfolgung von Regierungskriminalität mit dem notwendigen Nachdruck durchgeführt und nicht länger behindert wird, wie das in den Fällen Arzberg-Beilrode, Paunsdorf, der illegalen CDU-Wahlwerbekampagne „Sachsen für Sachsen“ sowie dem Fördermittelskandal um QMF und ZMD geschehen ist, durch die dem Land Schaden in dreistelliger Millionenhöhe entstand, ohne dass auch nur ein einziger der dafür verantwortlichen Politiker verurteilt wurde.

26. Dezember

Schneeberg: Für das Gelände der Bundeswehr-Kaserne, die Ende März 2008 aufgegeben wird, gibt es überraschend viele Kaufinteressenten aus den Branchen Reha, Sport, Freizeit, Gastronomie sowie Hotel und Bildung. Die Stadt Schneeberg bestimmt mit über den Käufer.

28. Dezember

Delitzsch: Bei einer Massenschlägerei in Eilenburg sind drei junge Männer verletzt worden, einer von ihnen schwer. Bei den Schlägern handelt es sich vermutlich um Fans der rivalisierenden Fußballclubs Lok Leipzig und Sachsen Leipzig.

30. Dezember

Bautzen: Vielen sorbischen Einrichtungen droht das Aus, weil ein Teil der Gelder vom Bund sowie den Ländern Sachsen und Brandenburg gesperrt ist. Viele Einrichtungen wissen nicht, über welche finanziellen Mittel sie 2008 verfügen.

Morgenröthe-Rautenkranz: Die auf

SACHSEN-CHRONIK

(26. Dezember bis 6. Januar)

einer Gesamtfläche von 1000 Quadratmetern neu gestaltete Raumfahrt-Ausstellung in Morgenröthe-Rautenkranz erweist sich als ein echter Publikumsmagnet. Seit der Eröffnung Ende März 2007 kamen rund 70 000 Besucher.

1. Januar

Dresden: Rund ein Dutzend Naturschützer verbrachten auch den Jahreswechsel auf einer 200 Jahre alten Buche, die wegen des Baus der Waldschlösschenbrücke gefällt werden soll.

2. Januar

Dresden: Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen zehn weitere Mitglieder und Sympathisanten der verbotenen rech-

ten Kameradschaft „Sturm 34“. Ihnen wird schwere Körperverletzung bei Überfällen in Breitenau und Mittweida vorgeworfen.

4. Januar

Grimma: Der Wiederaufbau der 2002 bei der Muldeflut zerstörten Pöppelmannbrücke wird deutlich teurer. Nach Angaben der Stadtverwaltung hat sich der Finanzbedarf von ursprünglich 3,7 Millionen auf 6,5 Millionen Euro erhöht. Der Freistaat als Bauherr lässt die Pläne nun prüfen.

5. Januar

Dresden: Im Zusammenhang mit der sächsischen Aktenaffäre ermittelt die Staatsanwaltschaft bisher in 30 Fällen. Betroffen sind Bedienstete des Landes-

amtes für Verfassungsschutz, ein Polizeisowie Justizmitarbeiter. Die Vorwürfe reichen von Strafvereitelung im Amt über Aussageerpressung bis hin zur Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Wüstenbrand: Unbekannte Diebe haben für einen Totalausfall von Notrufsäulen auf mehreren Autobahnen gesorgt, weil sie in der Nacht auf der A 4 nahe der Anschlussstelle Wüstenbrand ein Fernmeldekabel in Einzelteile zerlegten. Betroffen waren die A 4, A 38 und A 14.

6. Januar

Dresden: Gefrierender Regen und Schnee haben in Sachsen für glatte Straßen gesorgt. Besonders betroffen waren Dresden, das Elbtal und Ostsachsen. Glatteisunfälle gab es auf der A 4 in Dresden sowie im Raum Bautzen. Die Verkehrsgesellschaft Meißen musste für Stunden alle Busse stoppen. Im westsächsischen Erzgebirge wie auch in Ostsachsen blieben vereinzelt Lkw auf den Straßen liegen.

Mein Fernsehjahr 2007: Blick zurück ... mit Zorn

Die Fernsehgeräte der neueren Generation bieten die Möglichkeit, auf dem Bildschirm zwei Programme gleichzeitig zu sehen. Wer dabei auf doppelten Erkenntnisgewinn hofft wird enttäuscht, nicht nur in der Zeit zwischen 17.15 und 17.45 Uhr. Im ERSTEN wird es dann „Brisant“ und das ZWEITE ruft „Hallo Deutschland!“ Und so war an einem beliebigen Tag anno 2007 Thema Nr. 1 auf meinem zweigeteilten Bildschirm: Ein schwerer Unfall auf der A 9, umgestürzte Autos und fassungslose Feuerwehrmänner... ausgestrahlt in der ARD. Ja, und Thema Nr. 2. bei meiner doppelten Sichtweise: Fassungslose Feuerwehrmänner, umgestürzte Autos, ein Unfall auf der A 9... zeitgleich gesendet im ZDF. Aufgenommen, bearbeitet und kommentiert von zwei Teams und zwei Reportern.

15 Minuten „Tagesschau“

Drei Ärgernisse seien erwähnt.

Wie stets, wenn es um die Irak-Politik der USA ging, sah die „Tagesschau“ nur ein Problem: Wie lösen die Vereinigten Staaten ihr Problem im Irak? Der Irak kam somit nur vor, wenn die Amerikaner dort Schwierigkeiten haben.

Innenpolitische Streitpunkte gab es für die „Tagesschau“ in Gestalt von Politikern, die ihre Politik wiederum nur als Differenz zu anderen Politikern beschreiben können und das meist im Sekundentakt. So macht man Politik für den Zuschauer unbegreiflich.

Wirtschaft wurde zwischen 20.00 und 20.15 Uhr meist als Betriebswirtschaft dargestellt. Aus dieser Perspektive erscheint dann der Abbau von Arbeitsplätzen als betriebswirtschaftliches Problem der Unternehmen. Niemals sieht die „Tagesschau“ die von der Politik geschaffenen volkswirtschaftlichen Bedingungen als Grundlage für verschärften ruinösen Wettbewerb. Und um doch noch ein bisschen mit dem Zuschauer zu menscheln, wird schon mal gefragt, wieviel ein Ackermann verdienen darf. Man kann es auch so sagen: Gratisentrüstung statt konkreter Systembeschreibung.

30 Minuten „Tagesthemen“

Medien inszenieren sich selbst, das Fern-

sehen auch. Der neue Platz der „Tagesthemen“ ab 22.15 Uhr wurde wochenlang diskutiert und als zuschauerfreundliche Neuerung beworben. Was blieb davon übrig? Sonntags (dank Anne Will) nichts, mittwochs (dank Frank Plasberg) nichts, donnerstags (weil Jörg Pilawa gern überzieht) fast nichts, freitags (wegen der Tat-



Fernsehgesichter inszenieren sich selbst. Hauptsache: Es werden Schlagzeilen produziert und man bleibt somit im Gespräch.

Faksimile: BILD 2. 1. 2008

ort-Wiederholung) nichts, samstags (wegen Silbereisen, Borg und Elstner) nichts. Festgeschrieben blieb die Kürzung in den politischen ARD-Magazinen um 15 Minuten.

Mörderischer Jahreswechsel

Das bedarf nur der Nennung von einigen Fernsehaktivitäten im Dezember.

23. 12. ab 20.15 ARD: Eine Deutschtürkin wurde ermordet. (Tatort)

23. 12. ab 22.00 ZDF: Mittsommernord Schwedischer Grusel nach H. Mankell.

23. 12. ab 20.15 SAT.1: Drei Stunden Krimiserien mit Werbeunterbrechung.

24. 12. ab 22.10 Pro 7: Tödliche Weihnachten.

28. 12. ab 20.15 ZDF: Kommissar Stollberg (Krimiserie).

28. 12. ab 21.15 ZDF: Der Kommissar und das Meer (Kriminalfilm).

28. 12. ab 21.45 ARD: Das falsche Urteil

28. 12. ab 22.00 MDR: In tödlicher Mission.

30. 12. ab 20.15 ARD: Fettkiller (Tatort)

30. 12. ab 22.00 ZDF: Wallanders letzter Fall.

30. 12. ab 22.45 ARD: Criminal.

30. 12. ab 20.15 Sat.1: Mord und Totschlag in amerikanischen Serien.

PS.: Ich habe mich gefreut, dass 3sat zu

Weihnachten den Mehrteiler „Tadellöser und Wolff“ von Walter Kempowski aus dem Jahre 1976 wiederholte. Denn zur Erstausstrahlung besaß ich noch keine Dachantenne.

Inszenierte Gesichter

Was macht man mit den Schönen, Rei-

chen und Dummen? Lässt man sie ins Wohnzimmer, wenn der NDR-Adelsexperte Rolf Seelmann Eggebert mit Rolls Royce-Beschreibungen glänzt? „Sie (die Königin) sitzt rechts. Sie hat einen Hut auf.“ Und: „Prinz Charles kann mit Regen umgehen. Die Honoratioren der Stadt haben zu dünnes Schuhwerk an.“ Geschenk! Hoffentlich lag der neue in vielen Fernsehmagazinen promotete Ratgeber des Erziehungsexperten Boris Becker nicht auf ihrem Gabentisch. Vorsicht hieß es da auch im Jahre 2007 am Spätmontagabend in der ARD: Boris Becker, Helmut Lotti, Verona Pooth und Uschi Glas haben Dauerabo bei „Beckmann“. Und wenn nicht, dann bei „Kerner“ und „Maischberger“ und natürlich im Doppelpack bei „Brisant“ und „Hallo Deutschland“ und außerdem bei „Exklusiv“ (RTL). So werden täglich Nichtigkeiten zum Bildschirmereignis aufgeblasen.

Talk, Talk, Talk

Zur Sendung gleichen Titels, in der Sonya Kraus auf Pro 7 ihre Beine und sich räkelt, um uns – 45 Minuten lang – vulgäre und schlecht synchronisierte Ausschnitte aus amerikanischen Brüllshows zu servieren, kein Wort. Wortgewaltig und tagesschautauglich, der Wech-

sel am Sonntagabend von Sabine Christensen über Günter Jauch zu Anne Will. Viele versprachen sich davon viel – der Schreiber dieser Zeilen auch – und doch ähnelten die ersten Sendungen dem „Über-Alles-und-Nichts-Quatscher“ Oliver Geissen von RTL. Dieser Eindruck verschärfte sich, nachdem nun Frank Plasberg den Mittwochabend – „Hart aber fair“ – in der ARD besetzt. Warum sein Wechsel in das ERSTE? Mir gefiel der 20.15 Uhr Sendeplatz im WDR besser. Der war außerdem 15 Minuten länger und Millionen Zuschauern eine Alternative zum ARD-Mittwochsfilm.

Ich hatte gleich so ein ungutes Gefühl, als Johannes B. Kerner seiner Duzkollegin Eva Herman 2007 im ZDF die Studiotür wies, da ihre Äußerungen für seine Gäste und ihn „völlig inakzeptabel“ seien. JBK kennzeichnete jetzt seine „mutige“ Tat als Irrtum (siehe Faksimile). Er will nun auch seine Freitags-Kochshow abgeben, vielleicht an Eva? Ob sie vorher einen „Nazometer-Test“ bei Harald Schmidt absolvieren muss? Der hinter sinnige Kabarettist, der jetzt in der ARD nur noch neben seinem Jungbrunnen Oliver Pocher moderieren darf, hatte dieses Gerät auf Grund jüngster Fernsehentgleisungen für Deutschlands Bildschirme empfohlen.

Alles und nichts gesehen

Es ist möglich, dass sie bis zu dieser Zeile gelesen haben und keine der erwähnten Sendungen und Leute kennen. Das unterscheidet durchaus das neue Fernsehjahrtausend von früheren Jahrzehnten. Viele schauen, jeder etwas anderes. Wer in Leipzig digitalisiert ist, kann dreihundert Programme und mehr empfangen. Und dann gibt es ja noch die Farbbildspielchen, wo fast nichts passiert, aber die Sender ihr Geld mit Telefonabzocke verdienen und den naiven Zuschauer (Ich muss doch wohl nur bezahlen, wenn ich durchkomme?) mit der anschließenden Rechnung erschrecken. „Trotzt alledem!“

Es gibt arte, 3sat, den Theaterkanal, Musikkanäle, Phönix, Kika und vieles mehr. Aber: Zuvor Überlegen und nicht einfach nur Drücken und... auch 2008 einfach mal abschalten!

• MICHAEL ZOCK

Während einer LN-„Feuerzangenbowle“ ...

Vorschläge für konkurrenzlose journalistische Meisterwerke im Jahr 2008

Zum Jahreswechsel – und nach getaner Arbeit für unsere 32seitige Doppelausgabe – wollte keine rechte Feierstimmung im Kollektiv der Mitarbeiter von LEIPZIGS NEUE aufkommen, weil wir eben nicht nur an uns, sondern auch an die anderen Leipziger Medien denken.

Plötzlich stand die Frage im Redaktionsraum: Wird denn LVZ-Chef Hilder im neuen Jahr genügend Themen für seine bekannten, geschliffenen und ausgewogenen Leitartikel finden. Deshalb versammelten wir uns am runden Tisch, setzten eine Feuerzangenbowle an und grübelten...

Für jeden Monat bieten wir nun eine journalistische Idee an. Dass Bernd Hilder daraus sicher Meisterwerke macht, bezweifelt niemand.

Januar: Die Benzinpreise steigen weiter, weil die Besitzer im Nahen Osten, Venezuela und Russland ihre Macht missbrauchen. Das westliche Bündnis sollte schärfer darauf reagieren.

Februar: Katarina Witt beendet ihre Laufbahn. Das schönste Gesicht der sozialen Marktwirtschaft hat bewiesen, was man in der westlichen Gesellschaft erreichen kann.

März: In der Lausitz zeigen Osterreiter erneut woran man sie viele Jahre hinderte und freuen sich an der von Helmut Kohl geschenkten Freiheit.

April: Auf der Leipziger AMI soll der Trabant wieder auferstehen – diesmal aber als richtiges Auto mit vielen Türen.

Mai: Weil dieses Jahr 1. Mai und Christi Himmelfahrt auf den gleichen Tag fallen, sollten sich endlich jene durchsetzen, die ohne ideologischen Ballast feiern wollen.

Juni: Fußball-EM – natürlich besiegt Deutschland in der härtesten Gruppe die Gegner und wird Europameister, dank der stets gepflegten westlichen Werte.

Juli: André Rieu spielt in Leipzig auf der Festwiese und will alles übertreffen, was seit 1990 an Werten der westlichen Welt großzügig an den Osten spendet wurde.

August: Olympia in Peking ist weniger eine Herausfor-

derung an Deutschlands Sportler als vielmehr an Besucher und Politiker, mehr Menschenrechte von den dortigen Machthabern zu fordern.

September: Die „Goldene Henne“ gackert wieder. Der Publikumspreis wird noch zu wenig wirklich Berechtigten verliehen. Die LVZ bringt George W. Bush ins Gerede.

Oktober: 3., 7. oder Reformationstag – das hat ausgedient. Wir favorisieren die intellektuelle Herausforderung, die Halloween an das gesamte sächsische Volk stellt.

November: Der Bambi wird 60. Die gesamte Nation sitzt vor den Bildschirmen und drückt Leuten Daumen, die man im Osten längst gedrückt hätte, wären sie früher bekannt gewesen.

Dezember: Nach 40-jährigem Verbot dürfen auch die Leipziger schon zum 18. Mal wieder offiziell das Fest der Liebe und des Lichtes und damit westlicher Werte feiern.

Nach einem Glas Bowle feurig niedergeschrieben von
PETER POLIS

Anfang 2007 erreichte das russische Bruttoinlandsprodukt – die Summe aller im Inland in einem bestimmten Zeitabschnitt erzeugten Güter- und Dienstleistungen (BIP) – endlich wieder das Niveau von 1990. Nachdem die Depression überwunden war, hatte das Durchschnittswachstum sechs Jahre lang bei 6 Prozent gelegen. Abgesehen von der Erdölförderung wuchs die russische Wirtschaft auch in der Metall- und Aluminiumindustrie, im Rüstungssektor sowie in der Lebensmittelbranche. Die Privathaushalte konsumierten mehr. Die Auslandsschulden konnten beglichen werden. Die Ausgaben für Bildung verdoppelten sich innerhalb von 5 Jahren und die für Gesundheit verdreifachten sich. Zur allgemeinen Überraschung konnten einige russische Firmen international erfolgreich konkurrieren. Russland ist heute ärmer, und die Einkommensunterschiede sind

Von **SARKIS LATCHINIAN**

größer als während der Sowjetära. Es bedarf umfangreicher Investitionen, damit nicht noch mehr Kapital und qualifizierte Arbeitskraft ins Ausland abwandern. Die überalterte Infrastruktur muss modernisiert und der gewachsene technologische Rückstand gegenüber anderen Industrieländern aufgeholt werden. Man muss etwas gegen die sinkende Lebenserwartung und den Bevölkerungsrückgang tun. Dennoch liegt ein Jahr strategischer Neuorientierung hinter dem Land.. Nach Auffassung des neuen US-Verteidigungsministers Robert Gates „versucht Wladimir Putin, Russland wieder zur Großmacht auszubauen“ und „den Nationalstolz wiederzubeleben“. Verschiedenen Meinungsumfragen zufolge findet Putin deshalb bei 70 bis 80% der Bevölkerung Unterstützung, vor allem in der wohlhabenden Mittelschicht und unter den wenigen gut bezahlten Arbeitern. Nach Angaben von Lilita Owtscharowa vom Institut für Sozialpolitik erreichen die Löhne inflationsbereinigt heute 80% des Niveaus von 1989, während der Konsum um 167% gestiegen ist. Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte, die die sozialen Unterschiede nicht widerspiegeln. Die Armut geht zwar zurück, bleibt aber weit verbreitet, und die Einkommensunterschiede nehmen weiter zu, während die soziale Sicherung aus Sowjetzeiten der marktwirtschaftlichen Logik preisgegeben wurde. Präsident Putin hat weder die von einigen als „kriminell“ bezeichneten der 90er Jahre rückgängig gemacht noch die Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft verstaatlicht. Oligarchen mit „diebischen“ Absichten hatten und haben von ihm nichts zu befürchten, sofern sie keine politischen Ambitionen hegen. Nachdem Putin zeitweilig zwischen Ultraliberalismus und Etatismus geschwankt hatte, entschied er sich für den Mittelweg, der die neue Eigentümerklasse ebenso beruhigte wie den Westen: Er restaurierte Staat und Souveränität und brachte die Oligarchen auf Kurs. Aber die Marktwirtschaft tastete er nicht an.

Was folgt diesem Wirtschaftswachstum?

„Die Verdoppelung des BIP ohne Modernisierung der Wirtschaft wäre ein trauriges Ergebnis“, meint Leonid Grigoriew, Chef des Moskauer „Institute for Energy and Finance“. „Ein signifikanter Teil der Be-

völkerung – vor allen die Jugend und die Geschäftswelt – hat die neue Realität zur Kenntnis genommen: ein Land auf mittlerem Entwicklungsniveau, große Rohstoffvorkommen und ausgeprägte soziale Ungleichheit. Die letzten fünf bis zehn Jahre waren für die Wissenschaft verlorene Jahre, und die gut ausgebildete Nachkriegsgeneration befindet sich im Rentenalter. Die seit fünf Jahren steigenden Investitionen repräsentieren weniger als ein Fünftel des BIP und ein Drittel des 1990 investierten Kapitals“.

Ein entscheidender Wendepunkt war 2003, als Putin zu Beginn seiner zweiten Amtszeit den strategisch wichtigen Erdöl- und Erdgassektor in die Hände von Staatsunternehmern seiner Wahl legte. Das Nachsehen hatten die Oligarchen, die den Sektor in der Jelzin-Ära zum Freundschaftspreis erworben hatten. Zwar schließt der Schutz strategischer Güter nicht die Öffnung für ausländisches Kapital aus, doch die Offensive der Staatsmonopole Gazprom und Transneft ist deutlich Teil einer Strategie,

tragsmorde richteten sich unmittelbar gegen Vertreter des russischen Staates. Andrej Koslow, Leiter der Bankenaufsicht und Stellvertretender Direktor der Zentralbank, erlag am 13. September 2006 seinen Verletzungen, nachdem ein Unbekannter auf ihn geschossen hatte. Und Mitte Oktober 2006 traf es Alexander Plochin, den Vizechef der Nationalbank. Beide spielten eine zentrale Rolle in Putins Strategie. Ersterer im Kampf gegen das organisierte Verbrechen, letzterer durch Beteiligungen an der Europäischen Raumfahrtindustrie. Am 24. November 2006 erlitt der frühere Ministerpräsident Jegor Gaidar, der „Vater der russischen Reformen“, bei einem Vortrag in Dublin einen Zusammenbruch, den er selbst mit der Attentatsserie gegen russische Politiker in Verbindung brachte. Anatoli Tschubais, Chef des russischen Stromversorgers EES und einst Stellvertreter Gaidars, will nicht ausschließen, dass sich die Attentatsserie gezielt gegen den Kreml richtete. Drahtzieher sei Boris Beresowski, eine Hypothese, die man auch anderswo

te geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts war. Zig Millionen unserer Mitbürger und Landsleute lebten auf einmal außerhalb der Grenzen Russlands und mussten sich eine neue Heimat suchen. Die Ersparnisse der Bürger wurden abgewertet, die alten Ideale zerstört, viele Institutionen aufgelöst oder überstürzt reformiert. Die Integrität des Landes wurde durch terroristische Interventionen ... angegriffen. Oligarchische Gruppen gewannen grenzenlosen Einfluss auf die Welt der Informationen und bedienten nur ihre eigenen Interessen. Dass die Masse der Bevölkerung im Elend lebt, wurde als ‚normal‘ akzeptiert. All dies geschah vor dem Hintergrund wirtschaftlichen Verfalls, finanzieller Instabilität und sozialer Lähmung.“ Wladislaw Surkow, Putins Chefdideologe, lehnt die Verwandlung Russlands in ein „Rohstofflager für transnationale Konzerne“ ab. Heftigste Kritik übt er an der „Exil-Aristokratie“, die eine „Fettabsaugung der Wirtschaft“ organisiert habe: 800 bis 1000 Milliarden Dollar seien klammheimlich auf

Russland unter Putin

Neue Züge der wirtschaftlichen und politischen Orientierung

die sich gegen die seit 1991 von den USA praktizierte Politik der „Verdrängung“ Russlands richtet. Russland als Großmacht in die Schranken zu weisen, dies war, wie erinnerlich, Sinn der NATO-Osterweiterung und Zweck der Energiekorridore, die alternativ zu den russischen geplant waren. Darüberhinaus geht es um den Neuaufbau eines gemeinsamen euro-asiatischen Wirtschaftsraums, in dem auch die europäisch-russische Partnerschaft ihren Platz hat. Im Südkaukasus war Russland mit dieser Strategie gescheitert, punktete aber in Kasachstan, in Weißrussland und in der Ukraine, wo 60 Prozent der Bevölkerung einen NATO-Beitritt ablehnen. Weißrussland wird auf sein Regime verzichten und sich russischem Kapital öffnen müssen. Gleichzeitig verstärkt Moskau die Zusammenarbeit mit China, Indien und der muslimischen Welt. Am 8. November 2006 sagte Putin bei der Einweihung eines Zentrums des militärischen Nachrichtendienstes (GRU), er sei beunruhigt über die „unilateralen Aktionen“ der Vereinigten Staaten, die neuen strategischen Waffensysteme, die nach „geeigneten Antworten“ verlangten, sowie die ausländische Unterstützung „terroristischer Aktivitäten“ in Russland.

Wem nützten die Morde

Für die Serie von Attentaten gegen Putin-Kritiker im Herbst 2006 hatten viele Journalisten eine einfache Erklärung: Der Kreml eliminiert seine Gegner. Als sich jedoch herausstellte, dass die Sache so einfach nicht ist, ließ die Aufmerksamkeit für das Geschehen in den westlichen Medien nach. Die russische Presse hingegen setzte die Spurensuche fort und beobachtete bestimmte Gleichzeitigkeiten. So wurde die Journalistin Anna Politkowskaja just an Putins Geburtstag am 6. Oktober 2006 ermordet, als der russische Staatspräsident zu einem für die europäisch-russischen Beziehungen wichtigen Staatsbesuch in Deutschland war. Und Alexander Litwinenko, ehemaliger Geheimdienstler und Waffenbruder des Oligarchen Boris Beresowski, wurde während des russisch-europäischen Gipfels, der am 23. November 2006 in Helsinki stattfand, vergiftet. Andere Auf-

hört. (Als Chef des öffentlichen Fernsehsenders ORT, Vizepräsident des Nationalen Sicherheitsrates und Exekutivsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – GUS – galt Beresowski bis 1999 als Graue Kreml-Eminenz und als einer der Wegbereiter von Wladimir Putins Aufstieg – bevor der ihn abservierte).

Auf die Frage „Wem nützten die Morde?“ kann die Antwort jedenfalls nicht „Putin“ lauten. Nach Ansicht des italienischen Russlandexperten Gulletto Chiesa spricht aus allen Attentaten „deutlich der Versuch, Russland zu diskreditieren und auf die Anklagebank zu setzen. Das nützt gewissen Kreisen in Russland, in der Europäischen Union und manchen Mitgliedern der Bush-Administration“ (Wlast, Nr. 48, Moskau, Dezember 2006).

Gegen die „Fettabsauger“

Der Westen, der sich während der beiden Tschetschenienkriege diskret zurückgehalten hatte, meldete sich erst wieder zu Wort, als die private Ölgesellschaft Jukos in die Schusslinie des Kremles geriet. Laut einer in der Presse selten erwähnten Interpretation stand Jukos damals unmittelbar vor einer Fusion mit Sibneft und bereitete mit Exxon Mobil und ChevronTexaco umfangreiche US-Investitionen in die sibirische Erdölförderung vor – wohlgerichtet am Vorabend des Irakkrieges.

Der Schlag gegen Jukos war der erste Schritt auf dem Weg zur „Wiederverstaatlichung“ des Energiesektors. Damit wandte sich Putin vom ultraliberalen Weg á la Chile ab, den sein Wirtschaftsberater Andrej Illarjonow befürwortet hatte, der daraufhin 2005 den Dienst mit den Worten quittierte: „Russland hat sich verändert, es ist kein freies Land mehr“. Und US-Vizepräsident Dick Cheney konstatierte auf dem Gipfel der Ostsee- und Schwarzmeer-Anrainer in Vilnius im Mai 2006 eine „autoritäre Fehlentwicklung“.

In seiner Rede zur Lage der Nation vor der Föderalversammlung im April 2005 trug Putin eine im Westen als skandalös empfundene Analyse des postsowjetischen Wandels vor: „Man muss einräumen, dass der Zusammenbruch der UdSSR die größ-

te geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts war. Zig Millionen unserer Mitbürger und Landsleute lebten auf einmal außerhalb der Grenzen Russlands und mussten sich eine neue Heimat suchen. Die Ersparnisse der Bürger wurden abgewertet, die alten Ideale zerstört, viele Institutionen aufgelöst oder überstürzt reformiert. Die Integrität des Landes wurde durch terroristische Interventionen ... angegriffen. Oligarchische Gruppen gewannen grenzenlosen Einfluss auf die Welt der Informationen und bedienten nur ihre eigenen Interessen. Dass die Masse der Bevölkerung im Elend lebt, wurde als ‚normal‘ akzeptiert. All dies geschah vor dem Hintergrund wirtschaftlichen Verfalls, finanzieller Instabilität und sozialer Lähmung.“

Wladislaw Surkow, Putins Chefdideologe, lehnt die Verwandlung Russlands in ein „Rohstofflager für transnationale Konzerne“ ab. Heftigste Kritik übt er an der „Exil-Aristokratie“, die eine „Fettabsaugung der Wirtschaft“ organisiert habe: 800 bis 1000 Milliarden Dollar seien klammheimlich auf Konten der rund 60 000 russischen Offshore-Unternehmen transferiert worden. Den russischen Eliten fehle es an nationaler Gesinnung: „Sie leben im Ausland, wo ihre Kinder studieren und verwalten ihre Domänen in Russland wie Plantagen.“ Die liberale Kritik in Russland sieht „Fehlentwicklungen“ in der Außenpolitik, so die Distanzierung vom „Krieg der Demokratie im Irak“, die „Freundlichkeiten“ gegenüber Iran und Syrien, den „Verrat“ an Israel (weil Moskau die Hamas einlud) sowie die Komplizenschaft mit dem „Sozialisten“ Chavez und anderen „Feinden der USA“. Nicht nur reden, sondern auch handeln wollen die radikalen Demokraten um Garri Kasparow. Seine „Vereinigte Bürgerfront“ bildet das Gravitationszentrum einer merkwürdigen Sammlungsbewegung, zu der die jungen Liberalen von Georgi Jawlinskij Partei Jabloko ebenso gehören wie die Nationalbolschewisten und die Stalinisten von Viktor Anpilows Gruppe „Arbeitendes Russland“ und die humanitären NGO im Umkreis des Allrussischen Bürgerkongresses. Rechtsliberale und linke Gruppierungen steuern eine heilige Allianz gegen Putins Regime an. Zu einer gemeinsamen Demonstration kamen jedoch nur 2000 Leute. Da das gegenwärtige Putin-Regime niemals ehrliche Wahlen zulassen werde, gibt es für Beresowski nur einen Ausweg: „die gewaltsame Machtergreifung“. Dieser bekannte Aktivist der „demokratischen Revolution“ lebt in London und ist dort als politischer Flüchtling anerkannt. Derzeit würden sich zwei Drittel der Russen etwas wünschen, was die Verfassung nicht erlaubt: eine dritte Amtszeit Putins.

Nach dem Sieg seiner Partei „Einiges Russland“ bei den Dumawahlen im Dezember 2007 verkündete Putin stattdessen die von der Partei vorgeschlagene Kandidatur des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Gazprom-Aufsichtsratsvorsitzenden Dmitri Medwedjew für die kommenden russischen Präsidentschaftswahlen am 2. März 2008. Dieser schlug Putin seinerseits für das Amt des Ministerpräsidenten der künftigen russischen Regierung vor, was dieser im Falle eines ziemlich sicheren Wahlsiegs Medwedjews offiziell akzeptierte. So

wird sich Russland höchstwahrscheinlich für mindestens ein Jahrzehnt weiter der patriotischen Dienste Putins erfreuen können. Dem skeptischen Westen sei gesagt, dass die russische Verfassung sowohl die Kandidatur Putins für den Ministerpräsidentenposten als auch danach wieder für den Präsidentenposten demokratisch legitimiert.

Russland und der Westen

Wladimir Putin erachtet die ökonomische Erneuerung Russlands als unabdingbare Voraussetzung für den Wiederaufstieg des Landes zur Großmacht durch einen an der Modernisierung Russlands orientierten Pragmatismus. Putins außenpolitische Maxime lautet fortan schlicht: „An der Schwelle zum 21. Jahrhundert ist Russlands Aufgabe Russland und nicht die Welt“. Im Unterschied zu den 1990er Jahren gilt Russland als wirtschaftlich gestärkt. Das Land ist nicht mehr auf westliche Finanzhilfe angewiesen, der Außenhandel boomt, die anhaltend hohen Ölpreise bescherten seit Jahren beträchtliche Haushaltsüberschüsse. Russland reflektiert nicht mehr auf eine Integration in die westliche Gemeinschaft. Heute versteht sich Russland zugleich als Partner und als Konkurrent des Westens. Das bedeutet im Kern: „Wir arbeiten mit euch bei der Lösung internationaler Probleme zusammen, aber bekämpfen euren Einfluss sowohl innerhalb des Landes als auch in dem Raum, den wir als unseren ansehen“. Es gibt mindestens vier Gründe, die eine Anbindung Russlands als konsequenten Partner des Westens unmöglich machen: **Erstens** ist die russische politische Klasse nicht bereit, die Hegemonie der USA zu akzeptieren, die Russland nur die Rolle des Juniorpartners überlässt. **Zweitens** will Russland auf dem postsowjetischen Territorium dominieren, und das ist nur natürlich, wenn man berücksichtigt, dass dieser Einfluss zu seinem Selbstverständnis gehört. **Drittens** nutzt Russland immer aktiver antiwestliche Stimmungen zur Stärkung seines politischen Regimes. **Viertens** betont Russland den Faktor des Territoriums, der Macht und der Souveränität, verwirft das europäische Integrationsprojekt und betrachtet die Bewegung der neuen unabhängigen Staaten in Richtung auf Europa als antirussische Herausforderung. Russland, das in den heutigen Grenzen als Nationalstaat nie existierte, sucht seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen eigenen Weg. Dabei ist sich die russische politische Klasse längst nicht einig darüber, ob dieser nur einen Umweg darstellt, um irgendwann in das westliche Lager einzumünden, oder ob Russland auf ein besonderes Modell von Staat und Gesellschaft sowie in den Beziehungen zu anderen Ländern zusteuern solle. Mit dem Verweis auf Russlands Machtpotenziale (Raum, Ressourcen und Raketen) träumen manche in Russland vom Wiederaufstehen des Imperiums, zumindest von einem engen Bündnis der GUS-Staaten unter russischer Vorherrschaft. Der vergleichsweise liberale innenpolitische Ansatz Jelzins und des „frühen“ Putin hatte als außenpolitische Grundlinie die Annäherung an Europa und die zumindest teilweise Integration in dessen Strukturen erwarten lassen. Am 25. September 2001 schwärmte Putin vor dem Deutschen Bundestag noch von „echter Partnerschaft“ und sogar von einem Aufgehen Russlands in einem „Großeuropa“ und der Vereinigung der Potenziale Deutschlands mit denen Russlands. Davon ist heute in Moskau nichts mehr zu hören. Putin sieht Russland heute irgendwo zwischen Regionalmacht

und Weltmacht verortet. Man spricht sich für eine multipolare Außenpolitik aus, die Russlands Handlungsfreiheit in alle Richtungen ermögliche, lehnt jedoch ein Aufgehen in europäischen Strukturen ab. Russland solle eine unabhängige Rolle in der Weltpolitik spielen, zwar in globalen Vertragssystemen wie UNO, G8 und demnächst WTO und OECD agieren, sich jedoch nicht gänzlich in übergeordnete Regime wie NATO und EU integrieren, sondern seine Souveränität bewahren.

Russland und China

Ein potenzieller Trumpf Russlands sind die wachsenden Spannungen zwischen den USA und den Europäern. Wladimir Putin nutzte diese ihm durch den Westen gewährte Atempause zur Schaffung neuer Tatsachen. So deutet die Annäherung an China im Laufe der letzten Jahre auf einen Kurswechsel hin, zumal Russland und China 2004 den Streit um die Inseln der Region Chabarowsk an der Grenze zu China beigelegt haben. Damit stünde einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit nichts mehr im Wege. Die 1996 gegründete Shanghai-Gruppe (zunächst ein Forum zur Lösung von Grenzproblemen) umfasste ursprünglich Russland, China, Kirgistan und Tadschikistan. Nach dem Beitritt Usbekistans im Juni 2001 legte sich die Gruppe einen anderen Namen zu: Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOC). Seit Juli 2005 nehmen Indien, Pakistan und der Iran an den SOC-Treffen mit Beobachter-Status teil. Die langfristige Militärpräsenz der USA in Zentralasien wird sowohl von Russland als auch von China kritisch gesehen. In der Fachwelt werden Stimmen laut, hier könnte sich – bei allem noch vorhandenen Misstrauen – eine engere Zusammenarbeit zwischen Russland und China gegen die USA anbahnen.

Russland und Zentralasien

Russlands Einfluss auf die zentralasiatischen Volkswirtschaften ist gewachsen, nicht nur, was den seit je auf Russland fixierten Außenhandel betrifft. Es ist vor allem Russlands Bedeutung als Auffangbecken für das überschüssige Arbeitskräftepotenzial der Region, die sich immer mehr als wirksamer Einflusshebel der russischen Zentralasienpolitik erweist. Dies gilt vor allem mit Blick auf Kirgistan und Tadschikistan, die Armenhäuser der Region mit Arbeitslosenraten von bis zu 70%. So belaufen sich die Geldsendungen der tadschikischen Gastarbeiter in Richtung Heimat auf jährlich etwa 1,2 Milliarden US-Dollar. Dies übersteigt bei Weitem die Staatseinnahmen der tadschikischen Regierung.

Das neuerliche Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg (Juni 2007) verdeutlichte die Wiederannäherung der zentralasiatischen Republiken an Russland, die vor allem durch ehrgeizige Wirtschaftsprojekte betrieben wird:

- Eine Absichtserklärung zum Bau einer Leitung, durch die turkmenisches Gas über Kasachstan nach Russland gepumpt wird, unterzeichneten die Präsidenten der drei Staaten bereits Mitte Mai 2007.
- Russland und Kasachstan vereinbarten den Ausbau einer Pipeline, die kasachisches Öl zum Schwarzmeerhafen Noworossisk transportieren wird. Versuche des Westens, sich den Zugriff auf die Energieressourcen Zentralasiens unter Umgehung Russlands zu sichern, haben sich damit weitgehend erledigt.
- Mit strategischen Projekten sicherte sich

Russland in Sankt Petersburg für die nächste Zeit maßgeblichen Einfluss in der Region. Ein Kanal, der den Kaspischen See über das Asowsche mit dem Schwarzen Meer verbindet und dadurch den Staaten Zentralasiens und ihren Energieressourcen Zugang zu den Weltmeeren verschafft, ist so gut wie beschlossen. Die 15-Milliarden US-Dollar-Trasse ist 1000 Kilometer kürzer als der Wolga-Don-Kanal, der von Tankern ohnehin nicht befahren werden kann. Noch spektakulärer ist die Umleitung sibirischer Flüsse, deren Wasser den um fast 80 Prozent geschrumpften Aralsee wieder auffüllen soll. Dessen Zuflüsse, Amu-Darja und Syr-Darja, versickern seit Jahrzehnten in den Baumwollfeldern Zentralasiens. Den Bau des Kaspischen Kanals hatte Putin in seiner Jahresbotschaft an das Parlament im April 2007 aufs Tapet gebracht. Die Fluss-Umleitung war schon zu Sowjetzeiten viel diskutiert, aber wegen unabsehbarer ökologischer Folgen abgelehnt worden. In Zentralasien erlosch die Hoffnung auf dieses Projekt nie gänzlich – und Russland würde sich den einstigen Sowjetrepubliken mit der Kontrolle über den Wasserhahn auf Dauer unentbehrlich machen.

Russland und der Balkan

Der Einfluss Russlands auf dem Balkan ist nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der Auflösung des Warschauer Vertrages und der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft kaum noch messbar gewesen. Doch das soll anders werden. Putin begründete die neue politische Offensive seines Landes in diesem früheren Einflussgebiet: „Der Balkan und die Schwarzmeerregion waren immer ein Gebiet mit besonderem Interesse für uns, und wir hatten mit dieser Region stets besondere Beziehungen“. Ende Juni 2007 rechnete Putin in Zagreb und in Istanbul vor: Schließlich sei Russland mit der Lieferung von 73 Milliarden Kubikmetern Gas im letzten Jahr (2006) zum wichtigsten Energielieferanten Südosteuropas aufgestiegen. Das entspricht schon der Hälfte aller Gaslieferungen an die EU. Und diese Vor-machtstellung soll ausgebaut werden. In Kroatien soll die russische Lukoil von der ungarischen MOL deren Anteil an den staatlich beherrschten kroatischen Energiegiganten übernehmen, heißt es in Zagreb. Russland soll auch bei der Errichtung eines unterirdischen Gasreservoirs für 2 Milliarden Kubikmeter in Kroatien helfen. Im benachbarten Bosnien-Herzegowina hat die russische Firma Neftegazinkor Anfang Februar 2007 im serbischen Landesteil die staatliche Ölindustrie übernommen. Der Kaufpreis betrug zwar bescheidene 120 Mio. Euro. Zugesagte Investitionen machen aber eine Milliarde Euro aus. In dem kleinen Adriastaat Montenegro fassten russische Investoren bereits so weit Fuß, dass westliche Länder vor einer „russischen Kolonie“ warnen. Vor allem das Balkan-Kernland Serbien soll für Russland ein Dreh- und Angelpunkt werden. Bei der Privatisierung der maroden Fluggesellschaft JAT und dem staatlichen Energiemonopolisten NIS sollen russische Firmen zum Zuge kommen. Bisher hat Lukoil hier und im benachbarten Bulgarien 1,5 Milliarden Euro investiert. In Serbien wird von der russischen Gazprom nicht nur ein riesiges Gaslager (in Bunatski Dvor) an der rumänischen Grenze geplant, sondern auch eine Pipeline („Blauer Bach“) als Teil der internationalen Verbindung zwischen der Türkei und Österreich mit Kosten von 1,2 Milliarden Dollar. Putin warb zuletzt mit den „niedrigen Sprachbarrieren“ und einer „gemeinsamen Kultur“ bei den slawischen Brüdern. Die Liebe wird durchaus erwi-

dert. Das neue Selbstbewusstsein Russlands auf dem Balkan spiegelt auch das Ringen um die Unabhängigkeit der abtrünnigen serbischen Provinz Kosovo wider, das unter dem Motto stehen könnte: „Russland gegen den Rest der Welt“.

Russland und Deutschland

Deutschland ist, gemessen am Warenumsatz, der Haupthandelspartner Russlands und wird es wohl noch so lange bleiben, bis sich in einigen Jahren China auf diesen Platz drängt. Deutschland importiert, wie auch die Niederlande und Italien, aus Russland vor allem Erdöl und Erdgas. Bei den russischen Importen nimmt Deutschland mit deutlichem Abstand zu allen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern den ersten Platz ein und ist Russlands Hauptlieferant von Investitionsgütern. Für Deutschland, das vor allem mit den EU-Ländern wirtschaftlich verflochten ist, rangierte Russland im 1. Halbjahr 2005 bei den Einfuhren an 10. und bei den Ausfuhren an 14. Stelle. Aus Russland kamen 2004 rund 34 Prozent der deutschen Erdöleinfuhren und 42 Prozent der Erdgasimporte. Letztere dürften bis 2025 um rund zwei Drittel auf rund 60 Milliarden Kubikmeter zunehmen und dann einen Anteil von 55 bis 60 % der gesamten deutschen Erdgasimporte ausmachen. Ob dies als zu hoch angesehen wird, hängt von der Bewertung Russlands als politisch zuverlässigem Partner ab.

Die Nordeuropäische Gaspipeline (NEGP) bzw. „Ostseepipeline“ kann einen wichtigen Beitrag zur deutschen Energiesicherheit leisten, weil sie nicht durch potenziell unsichere Transitländer (gemeint sind die Ukraine, Belarus und Polen) verläuft.

Ausblick

Europa ist derzeit noch eher geneigt, alte Mythen des Kalten Krieges zu pflegen, als aus den Entwicklungen der letzten Zeit zu lernen. Beispiel: Die Regierungszeit Putins sei nur ein Zwischenspiel in der russischen Politik. Doch alles spricht dafür, dass die Ziele der russischen Politik dieselben bleiben werden, auch wenn sich die Regierenden und die Methoden ändern mögen. Zumal die Russen immer stärker den Eindruck gewinnen, dass sich die globalen Machtverhältnisse zu ihren Gunsten verändern – vor allem im Hinblick auf die wachsende Bedeutung Chinas und Indiens. Und noch ein Irrglaube der EU-Länder: Man müsse diese Staaten nur dem Einfluss Russlands entziehen, und schon würden dort Demokratie und Marktwirtschaft erblühen. Doch die sogenannten finanziellen Hilfsmittel aus Brüssel bewirken angesichts der von der EU definierten Auflagen in Sachen politischer und ökonomischer Reformen kaum etwas. Demgegenüber ist Russland im Vorteil, ein bekannter und unentbehrlicher Partner zu sein.

Die EU sollte sich über zwei Dinge im Klaren sein: Man darf Russland nicht im Zerrspiegel alter Ängste und Vorurteile sehen. Und man muss sich dessen bewusst werden, dass man es mit einem Land zu tun hat, das sich jeglicher politisch-sozialer Einmischung widersetzt und das sich nur von innen heraus reformieren wird. Das können aber nur russische Politiker leisten, die zwei Bedingungen erfüllen: Sie dürfen nicht durch eine übermäßige Unterstützung „aus dem Ausland“ diskreditiert sein und sie müssen ein eigenständiges nationales Projekt verfolgen. Der überwältigende Sieg der Putin-Partei bei den jüngsten Duma-Wahlen ist dafür eine endgültige Bestätigung.

Der ungekürzte Text steht unter:
www.leipzig-neue.de

Hörerwartungen entgegenwirken

Bachs Weihnachtsoratorium und Beethovens Neunte

In keiner anderen Jahreszeit sind die Konzertprogramme so weitgehend von Überlieferungen geprägt wie in den Wochen vor Weihnachten, an den Festtagen selbst und zum Jahreswechsel. Gegenüber anderen Großstädten entwickelte Leipzig mit Bachs Weihnachtsoratorium und Beethovens Neunter dazu noch ganz eigene Traditionen.

Bach dürfte wohl von der Einzigartigkeit seines Weihnachtsoratoriums überzeugt gewesen sein. Dass die ersten drei der insgesamt sechs Kantaten aber im 20. und nun auch im 21. Jahrhundert in den Leipziger Kirchen etwa zwanzigmal zu erleben sind, mag er sich nicht haben träumen lassen. Weniger glücklich wäre er über die Benachteiligung der Kantaten vier bis sechs für die Tage von Neujahr bis zum Hohen Neujahr. Immerhin hatten die Thomaner und auch einige andere Chöre die sechste Kantate mit einbezogen. In der Nikolaikirche waren alle sechs Kantaten, auf zwei Abende aufgliedert, zu hören, die ersten drei in Gemeinschaft mit dem Bachchor Leipzig, dem Metropolitanchor Tokyo, der Grazer Evangelischen Kantorei und der Capella St. Nikolai. Neben dem von Gotthold Schwarz (er führte kurz vorher mit dem Concerto Vokale und dem Sächsischen Barockorchester Händels „Messias“ in der Thomaskirche auf) geleiteten Bach Consort Leipzig in der Thomaskirche

setzten sich die amici musicae im Museum der bildenden Künste nachdrücklich für die Kantaten vier bis sechs ein.

Die begeisterten Zuhörer des Bachschen Meisterwerkes sind keineswegs nur Mitglieder christlicher Kirchen. Auch wer die Weihnachtsgeschichte als Mythos von der ewigen Sehnsucht nach einem Messias, nach einer menschlichen, sozial gerechten Gesellschaftsordnung versteht, wird von der Phantasie der biblischen Erzählung und vom Erfindungsreichtum und nicht zuletzt von der Schönheit der Bachschen Musik ergriffen.

Wenn die Aufführungen der neunten Sinfonie Beethovens angesichts der „stolzen“ Eintrittspreise immer mehr zu einer Repräsentationsveranstaltung werden, widerstrebt das Werk dem selbst. Zudem sorgt Riccardo Chailly mit dem Gewandhausorchester, dem Opernchor und den Gewandhaus-Chören dafür, dass die ungeheure Dramatik des Werkes, das konfliktreiche Ringen bis zur Freudenmelodie des Finalsatzes und deren wiederholte Verdrängung nicht zur wohlfeiligen Silvesterbeigabe abgleiten. Da gab es im Saal manche Zuhörer, deren geschönten Hörerwartungen die kraftgeballte, aufwühlende Gestaltung zu Recht entgegenwirkte.

Für Abwechslung sorgten das Sinfon-

orchester und der Chor des MDR am Neujahrstag unter Leitung von Mario Venzago mit zwei Legenden aus Jean Sibelius Suite „Lemminkäinen“, der gedanklich und klanglich bezaubernden lyrischen Suite „Der verhüllte Gott“ von Lars-Erik Larsson und Edvard Griegs grandioser, fast vollständiger Szenenmusik zu Henrik Ibsens Drama „Peer Gynt“ für andere starke Eindrücke.

Die Konzertpause, die das Gewandhaus- und auch das MDR-Sinfonieorchester in der ersten Januar-Woche einlegen, überbrücken wie alljährlich ausländische Ensembles. Chor und Orchester der Warschauer Sinfoniker bieten beliebte Opernhöre, die Tschechischen Sinfoniker und ein Prager Chor Beethovens „Neunte“ und Carl Orffs „Carmina burana“. Die internationalen K&K Philharmoniker und das Österreichische K&K Ballett warten mit einer Johann Strauß-Gala auf. Und auch die Wiener Johann Strauß Philharmonie und Frank Sinatra jr. mit seinem Orchester kommen nach der mit Spannung erwarteten Aufführung von Gustav Mahlers „Lied von der Erde“ und den „Poèmes pour mi“ von Olivier Messiaen durch das MDR-Sinfonieorchester unter seinem Chef Jun Märkl noch.

• WERNER WOLF

Sie werden fehlen...

Marianne Kiefer

geb. 3. 9. 1928
in Dresden
gest. 4. 1. 2008
in Kreischa



Die Tochter eines Künstlerehepaares, nahm privaten Schauspielunterricht und begann ihre Laufbahn 1945 als Tanzsoubrette in Dresden. Nach Tourneen durch die Provinz feierte sie erste überregionale Erfolge in den 60er Jahren im alten Friedrichstadt-Palast. Nachdem sie auch vom DDR-Fernsehen entdeckt wurde, erreichte sie als Paula Zipfel in den „Maxe-Baumann-Schwänken“ sowie durch ihre „reizende Schwester“ Olga Knopf an der Seite von Helga Göring und Ingeborg Krabbe große Popularität. Ihr loses Mundwerk hatte bis ins hohe Alter unverwechselbaren Charme.

Günter Schubert

geb. 8. 4. 1938
in Weißwasser
gest. 2. 1. 2008
in Berlin



Er arbeitete als Kelchglasmacher bevor er über das Amateurtheater Bad Muskau einen Ausbildungsvertrag am Senftenberger Theater erhielt. Nach der späteren Prüfung an der Berliner Schauspielschule 1962 stand er ab 1970 oft vor Adlershofer Fernsehkameras in zahlreichen Serien und Schwänken. Herausragend 1988 sein sexuell abnormer „Mann im Baum“ beim DFF. Sohn Alexander ist ebenfalls Schauspieler

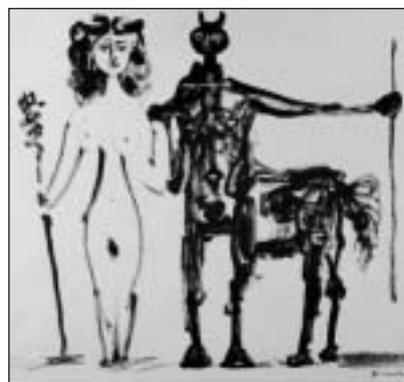
• CK

Hartung, Picasso & Co

Hans Hartung, 1904 in Leipzig geboren und 1989 in Antibes gestorben, gehörte zu den Verfechtern der Abstraktion und gestischen Malerei. Nun mag sich das Museum der bildenden Künste die Auszeichnung anheften, die erste umfassende Ausstellung seines Werkes in Ostdeutschland zu zeigen, gleichwohl bleibt Unbehagen. Seine Zeichnungen und Gemälde haben einen Grad von Abstraktion erreicht, der das Erschließen erschwert. Sie sind auf elementare Symbolwirkungen reduziert. Der düstere Kosmos aus Schattierungen, Rechtecken, Lichtspielereien überzeugt nicht. Umso erfreulicher die Sonderausstellung mit druckgraphischen Schätzen der französischen Moderne aus der Kunsthalle Karlsruhe. Schon die Sammlungsgeschichte spiegelt deutsche und europäische Geschichte wider. Im Jahr 1948 übergab die französische Militärregierung der Kunsthalle rund 90 Blätter. Jahre zuvor wurden sie von den Nazis als „entartet“ geächtet und aus den öffentlichen Sammlungen entfernt. Die Schenkung sollte drei Jahre nach dem Krieg für Verständnis und Freundschaft zwischen den ehemals verfeindeten Nationen werben. Sehenswert und nachdenklich Pablo Picassos (1881 - 1973) „Weiße Taube auf schwarzem Grund“ (1947), die eine der zwei von Matisse geschenkten Mailänder Tauben zeigt, und zugleich eine Reihe weiterer Tauben - Graphiken initiierte. Knapp zwei Jahre nach dieser Lithographie entstand im Auftrag der Kommunistischen Partei Frankreichs, deren Mitglied Picasso seit 1944 war, ein Plakat für

den Friedenskongress – mit eben dieser Taube. Als es überall in Paris zu sehen war, bekam Francoise Gilot eine Tochter. Picasso nannte sie Paloma. Ein unbedingtes Muss ist auch der großformatige Zinkdruck „Jeunesse / Jugend“ aus dem Jahr 1950, den Picasso für ein Jugendtreffen gegen Atomwaffen in Nizza schuf. Insgesamt sind 30 Druckgraphiken zu sehen. Die Reise geht von seiner „Blauen Periode“ über kubistische Kompositionen bis zur neoklassizistischen Phase. Ergänzt wird die Ausstellung mit Werken von Georges Braque, Henri Matisse, Marc Chagall, Aristide Maillol und Andre Masson.

• D. M.



„Kentaure und Bacchantin“, Pablo Picasso, 1947, Tuschlithographie (Foto: MdbK)

„Hans Hartung - spontanes Kalkül“ und „Picasso, Matisse, Chagall...“
Bis 10. Februar 2008,
Museum der bildenden Künste

Von der Pleiße an den Main

Unser berühmter Leipziger „Junker Jörg“ von Lucas Cranach dem Älteren reiste in die Main-Metropole. Sein Ziel: die über 100 Meisterwerke umfassende Cranach-Schau im Frankfurter Städel Museum. Cranach der Ältere hat in der Reformationszeit Portraits von Luther und Melanchthon geschaffen. Ebenso perfekt gemalte erotische Darstellungen, die Wirkungen bis ins 20. Jahrhundert entfalten und Picasso inspirierten. Cranach d. Ä. (1472 - 1553), seit 1505 kursächsischer Hofmaler zu Wittenberg, übrigens auch Trauzeuge von Martin Luther und Katharina von Bora sowie später Ratsherr und Bürgermeister von Wittenberg, betrieb nicht nur eine florierende Malerwerkstatt, sondern auch eine Apotheke mit Weinausschank und eine Druckerei.

Die Ausstellung vereint sowohl frühe expressive sakrale Malerei als auch die berühmten Portraits und Genrebilder. Öffentliche und private Leihgeber aus Deutschland, Europa und den USA garantieren dieser Ausstellung hohe internationale Wertschätzung. So konnte das „Parisurteil“ (1512-14) aus Fort Worth (Texas) genauso gewonnen werden wie die liebliche „Maria Magdalena“ (1525) aus Köln, die „Melancholie“ (1532) aus Colmar und die „Venus mit dem Honig stehlenden Amorknaben“ (ca. 1530) aus Rom.

Schade, dass die Leipziger „Quellnympe am Brunnen“ aus dem Museum der bildenden Künste nicht den Weg nach Frankfurt am Main gefunden hat. Die Ausstellung reist weiter quer durch Euro-

pa. Vom Main geht es an die Themse: Ab März ist die Exposition in der Royal Academy of Arts London zu sehen.

• D. M.



Triptychon mit der Hl. Sippe, 1509, sogenannter „Torgauer Altar“, Mitteltafel, Städel Museum Frankfurt am Main: Die Wissenschaft ist sich jedoch mittlerweile fast einig, dass dieser Altar nie in Torgau stand. Personen der Zeitgeschichte, wie Kaiser Maximilian und sein Hofrat (auf der Empore) wurden von Cranach als Mitglieder der Heiligen Familie dargestellt. Ein bisschen Politik durfte sein... (Foto: Städel Museum)

Bis 17. Februar 2008,
Städel Museum Frankfurt am Main

Der Autor kann für sich in Anspruch nehmen, das bisher einzige belletristische Buch über Erfahrungen eines DDR-Diplomaten geschrieben zu haben.

Gerhard Haida beschreibt, als Stefan Apel im Buch verfremdet, viele Erlebnisse im diplomatischen Dienst, Dispute mit Vorgesetzten und Kollegen und Erfahrungen, die er in Moskau und anderswo gesammelt hat. Dabei hat er auch Meinungen und Standpunkte von Diskussionspartnern untergebracht und keinen Bogen um widersprechende Positionen zur Außenpolitik der DDR und zu seinen ehemaligen Vorgesetzten gemacht. Wenig amüsant seine Erinnerungen an Begegnungen mit DDR-Bürgern im Ausland. Er schildert ein Gespräch mit einer Frau in den Räumen der Handelsvertretung in Algier, die

Die Sache mit dem Elefanten

schon während ihres Studiums in der DDR einen Algerier geheiratet hat. Jetzt wohnhaft in der Hauptstadt, sucht die diplomierte Ingenieurin für Stahlhochbau mit zwei Kindern irgendeine Arbeit und sei es als Putzfrau. Sie müsse unbedingt Geld verdienen, zumal ihr Mann, ein studierter Lebensmitteltechniker, arbeitslos sei. Vielleicht könne die DDR-Vertretung ihr helfen. Sie konnte nicht. Enttäuscht und von Tränen überströmt verließ sie die Handelsvertretung.

Ähnlich erging es einer Leipzigerin, der Apel auf dem Flughafen-Transit in Lagos begegnete. Sie wartete wie er auf die

INTERFLUG-Maschine nach Berlin. Die blonde Sächsin war mit einem Afrikaner verheiratet, der in Benin eine Zahnarztpraxis mit moderner DDR-Technik unterhielt. Nur zahlungskräftige Patienten blieben aus, so dass er die Familie kaum ernähren konnte.

Apel erinnerte sich an einen Bericht über die Odyssee einer DDR-Bürgerin, deren Ehe mit einem Afrikaner wegen dessen Vielweiberei nicht mehr funktionierte. Als sie in die DDR zurückwollte, bot er sie kurzerhand auf einem lokalen Markt zum Kauf feil. Niemand wollte die geforderte Summe auf den Tisch legen. Da stimmte er schließlich mit

einem Tausch der Frau gegen einen jungen Elefanten zu. Kurz, die Frau konnte in die tschechische Botschaft flüchten, die ihr eine Flugkarte nach Berlin spendierte. Laut Schiedsspruch eines örtlichen Richters musste die tschechische Botschaft zur Strafe den Elefanten bezahlen.

Der Autor hat in dreißig Jahren seiner außenpolitischen Tätigkeit den Kampf um die diplomatische Anerkennung der DDR erlebt, die Wirkungen der Hallstein-Doktrin und die Diskriminierung der DDR-Diplomaten im Ausland. Dabei verdrängte der Autor nicht die menschlichen Schicksale, denen Apel, alias Haida, begegnete.

• **FRANZ-KARL HITZE**

Gerhard Haida: *Ein Tag in Lagos – nach Erinnerungen eines DDR-Diplomaten erzählt*. BS-Verlag Rostock 2007. 334 S., 9,90 Euro

nachkriegsdeutschen Parlamentarier erwähnt. Damit werden wichtige inhaltliche Aufgaben der notwendigen tiefgehenden antifaschistisch-demokratischen Umwälzung ausgeblendet, aber eben-

so auch der Kalte Krieg und die Spaltung Deutschlands. Im Literaturverzeichnis fehlen für die Bearbeitung des Themas wichtige Bücher, darunter – um nur zwei zu nennen: *Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, 1488 Seiten, Berlin 2002* und *R. T. Baus: Die CDU in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung - Programm - Politik. 592 Seiten, Düsseldorf 2001*.

Ebenso vermisst man von *Wladimir Gall*, dem legendären Kulturoffizier der Roten Armee in Halle, die Schrift: *Moskau - Spandau - Halle. Schkeuditz 2000*.

• **KURT SCHNEIDER**

Christina Trittel: *Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt 1946 / 1950. Scheitern demokratischer Hoffnung*. Herausgeberin: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Magdeburg. Mitteldeutscher Verlag, Halle 2007. 244 Seiten. (kostenlos)

Sachsen-Anhalt gehört nicht zu den Bundesländern, die in der Tradition oder Rechtsnachfolge eines Vorläufers aus der Vorkriegszeit stehen. Erst 1946 als Provinz aus der ehemaligen preußischen Provinz Sachsen, braunschweigischen Exklaven und dem Land Anhalt gebildet, nahm das erste Landesparlament in Sachsen-Anhalt am 18. November 1946 im Ergebnis der Wahlen vom 20. Oktober 1946 seine Tätigkeit auf. Insgesamt waren 111 Abgeordnete gewählt worden. Die Fraktionsstärken betragen: 55 Abgeordnete SED/VdgB, 32 LDPD, 24 CDU. Am 3. Dezember 1946 wurde Dr. Erhard Hübener (LDP) zum Ministerpräsidenten gewählt und übernahm zugleich das Amt des Justizministers. Am 10. Januar 1947 nahm der Landtag die Verfassung der Provinz Sachsen Anhalt an und am 19. März 1947 wurde die Provinz Sachsen Anhalt in das Land Sachsen-Anhalt umbenannt.

Im Mittelpunkt des Buches steht eine analytische Betrachtung der einzelnen Fraktionen nach Alter und demografischen Merkmalen: soziale Herkunft, Bildung und Beruf, politische Erfahrungen seit der Weimarer Republik und vor allem die Biographien der

Sachsen-Anhalts erster Landtag

Gescheiterte Analyse

Abgeordneten. Bei letzteren fällt die Unterteilung in typische und untypische Abgeordnete der einzelnen Fraktionen auf.

Leider hat die Veröffentlichung, die durchaus hilfreichen Informationswert besitzt, wesentliche Mängel. Diese betreffen vor allem das erste Kapitel (Seite 11-19), das sich im Wesentlichen auf Strukturfragen reduziert und damit unumgängliche inhaltliche Aspekte einer derartigen Untersuchung zum politischen System in der SBZ ausspart. So erfährt die erste Landesverfassung, die entscheidende Grundlage für die Tätigkeit der Abgeordneten, keine inhaltliche Betrachtung. Verfassung und Geschäftsordnung des Landtags werden in einem gemeinsamen Abschnitt von lediglich 20 Zeilen (!) „behandelt“. Zwei Zeilen mehr werden den „internationalen Rahmenbedingungen“ gewidmet. Mit keinem Wort werden das Potsdamer Abkommen und die darin enthaltenen völkerrechtlichen Verpflichtungen für die

weg in dem Tagebuch als einen Opportunisten trübsten Wassers, der gehorsam von Versammlung zu Versammlung und Sitzung zu Sitzung eilte, jeden verordneten Unfug mitmachte und nicht ein einziges Mal die Hand zum Widerspruch erhob. Es gibt in dem Tagebuch nicht mal eine einzige Notiz darüber, dass er irgendwann in einem Seminar oder einer Vorlesung die Gratwanderung gewagt hätte, die andere Historiker aus Gründen der Selbstachtung riskierten, statt zu Hause onanistisch seinen Frust einem versteckten Büchlein anzuvertrauen. Dem er auch mitteilte, wer wie viel verdient. Nun ja. Über die literarischen Versuche am Ende des Bandes möchte ich schweigen. „Die Zeit“, ein von mir geschätztes Semanal, bemerkte nicht ohne Ironie, dass in diesem Tagebuch stets ein guter Geist, seine Frau Anette auftaucht. Sie muss abwesend gewesen sein, sonst hätte sie H. Z. von einer Veröffentlichung abgeraten.

• **AXEL WÖRNER, LANZAROTE**

Zwahr, Hartmut: *Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. Tagebuch einer Krise (1968-1970). DDR und Prager Frühling*. J. H. W. Dietz Nachf. Verlag, Bonn 2007. 434 Seiten, 36 Euro

Eher peinlich

Wer es für erforderlich hält, seine Tagebücher veröffentlichen zu lassen, setzt sich dem Verdacht aus, dass er mit dem Laster unbefriedigter Eitelkeit zu kämpfen hat. Es sei denn, er meint, dass die akademische und auch sonst herablassend in Notizen skizzierte Umwelt einen Gewinn davon hätte, die Gedanken des Autors zur Kenntnis nehmen zu müssen. Und diese sind auf vielen Seiten lesenswert, wenn man den inneren Konflikt kennt, den H. Zwahr beschreibt. Ein Sozialismus nicht von Sowjets Gnaden, der auch dort keiner war und eine DDR ohne die unsägliche Dummheit im Protektorat.

Dennoch empfehle ich, die 36 Euro für anderes zu verwenden. Es sei denn, man interessiert sich mit hobbykriminalistischem Scharfsinn dafür, wie denn die geschmähten Leute an der Leipziger Universität wirklich hießen, die H. Z. mit einem merkwürdigen Hass für verfolgungswürdig betrachtet. Mir gelang es, manche und manchen zu identifizieren und gelassen zu schmuzzeln, obwohl sie uns damals als Studenten in einem mehrwöchigem Parteiverfahren zur Ader ließen und nicht Herrn Z., der sorgsam über seine Karriere wachte. H.Z. beschreibt sich unent-

Sinclairs Amerika

LN-Mitbegründer Edmund Schulz hat sich einen Lebens Traum erfüllt: In jahrelanger unermüdlicher Forscherarbeit erstellte



er eine in der Fachwelt bereits sehr beachtete Upton Sinclair Bibliographie. Aber sie ist nicht nur an die bibliophilen Freunde vor allem des Malik-Verlags gerichtet. Schulz' Arbeit ist ein Teil deutscher Literaturgeschichte und voll spannender, ja aufregender Details über jenen amerikanischen Schriftsteller, dessen erster Roman *Der Sumpf* (1906) für den US-amerikanischen Kongress Anlass für ein Bundesgesetz zur Hygiene in der Fleischverarbeitung war.

Nie werde ich vergessen, wie ich vor vier Jahrzehnten bei meinem Dozenten Dr. Schulz den ersten Pluspunkt sammelte, weil ich zu unterscheiden wusste zwischen Upton Sinclair und Sinclair Lewis. Oder wie „Eddi“, von meiner seit 1960 kompletten Weltbüchsenammlung wissend, auf meinem Dachboden verschwand und dann total eingestaubt aber freudestrahlend wieder nach unten kam, zwei Hefte in der Hand, mit Artikeln, in denen Sinclair-Vermerke waren, die ihm noch fehlten. Er verträgt es einfach nicht, wenn ihm etwas zu Sinclair bekannt wird, das er nicht besitzt.

In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war Sinclair der meist verkaufte amerikanische Autor in Deutschland. Seine Bücher, vor allem *Petroleum, 100 Prozent*, *Jimmie Higgins, König Kohle* und *So macht man Dollars* sind nicht zu trennen von drei Namen: der Übersetzerin Hermynia Zur Mühlen, dem Verleger des legendären Malik Verlag Wieland Herzfelde und dem Gestalter der Schutzumschläge, John Heartfield. Er war es, der mit seinem ansprechenden, bestimmenden Layout auch Upton Sinclair den Zugang in die bürgerliche Leserschaft verhalf. Der Malik Verlag brachte, bis er 1938 seine Arbeit – dann schon in Prag – endgültig einstellen musste, 30 Sinclair-Titel in einer Gesamtauflage von über 706 000 deutschsprachigen Exemplaren heraus.

Heute ist Upton Sinclair nur noch im Antiquariat vorhanden.

• **WX**

Edmund Schulz: *Upton Sinclair – Bibliografie seiner Werke in deutscher Sprache*. 142 Seiten, 15 Euro. Zu beziehen über Dr. E. Schulz, Hans-Marchwitza-Str. 2-513, 04279 Leipzig

ANNOTIERT

16, männlich, rechtsradikal

Gertrud Hardtman, Psychoanalytikerin und bis 1998 Professorin für Sozialpädagogik/Sozialtherapie an der TU Berlin, behandelt das brandaktuelle Problem des Rechtsextremismus und rechtsradikaler Gewalt. Es geht um den Mechanismus, wie Rechtsextremismus und Neonazismus Nachwuchs rekrutiert. Dabei stützt sie sich hauptsächlich auf ihre sozialpädagogische Arbeit mit straffällig gewordenen rechtsradikalen Jugendlichen in den Berliner Stadtteilen Marzahn, Lichtenberg und Mitte.

Sie versucht Antworten zu geben, „warum sich Jugendliche eine rechtsradikale Einstellung zu eigen machen und ihre Handlungen danach ausrichten, welche Illusionen und Hoffnungen sie mit der Ideologie verknüpfen, wie sie Gewalt zugleich thematisieren und verleugnen und sich damit mental der Verantwortung für ihre Taten entziehen“.

• **W. STEFFEN**

Gertrud Hardtman: *16, männlich, rechtsradikal*. Patmos Verlag GmbH & Co KG, Düsseldorf 2007. 160 S. 18,50 Euro

Am Vormittag des 30. Januar 1933 der 85-jährige Reichspräsident Paul von Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte – der ein Kabinett der „Nationalen Konzentration“ bildete – und dann abends in einer fast gespenstischen Weise ein 15 000 Mann starker Fackelzug aus braunen SA-Kolonnen und Stahlhelm-Verbänden durch das Berliner Zentrum zog, begann das von den Nazis angekündigte „Dritte Reich“. In dieser Terminologie galt das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das vom 9./10. Jahrhundert bis zum Wiener Kongress 1806 bestand, als erstes deutsches Reich und als zweites Reich der im Januar 1871 von Bismarck durch Blut und Eisen geschaffene einheitliche deutsche Staat, endend mit dem Zusammenbruch des Hohenzollernreiches, dem verlorenen Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution 1918.

Mit der Machtergreifung hatte Hitler sein erstes großes Ziel erreicht. Dass es dazu kommen konnte, hatte mehrere Ursachen. Die Weltwirtschaftskrise hatte sich in Gestalt von Massenarbeitslosigkeit mit ihren tiefgreifenden Folgen besonders auf Deutschland ausgewirkt. Die Folgen des Ersten Weltkrieges und der Versailler Vertrag boten den Konservativen und den Nazis einen idealen Boden für revanchistische Hetze, nationale Demagogie und populistische Losungen. Die neuen Medien Rundfunk und Film wurden geschickt dazu genutzt.

Verhängnisvoll war das Regieren der späten Kabinette der Weimarer Republik mit dem Notstandsparagrafen 48. Der Generalstab – eigentlich für Deutschland damals verboten – bestand unter der Bezeichnung Truppenamt weiter. Er hatte schon vor Hitlers Machtantritt ein konkretes Programm fertig ausgearbeitet, wie das Militär in großem Umfang wieder aufgebaut und modern ausgerüstet werden sollte, um die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zu korrigieren. Diese Kreise haben mit den Nazis zumindest sympathisiert. Als mit der Weltwirtschaftskrise auch die Krise der Weimarer Republik eskalierte und die Wählerschaft polarisierte, setzten einflussreiche Kreise des Bank- und Industriekapitals zunehmend auf die Übergabe der Macht an die NSDAP.

Im zweiten Halbjahr 1932 fanden zweimal Reichstagswahlen statt, am 31. Juli und am 6. November. Als sich bei den Novemberwahlen zeigte, dass die NSDAP über den Zenit ihrer Massenwirksamkeit hinweg war und die Kommunisten deutliche Stimmengewinne erzielten, wurde in einer Serie geheimer Treffen die Machtübergabe an Hitler organisiert. Dazu gehörten u. a. Verhandlungen Hitlers, von

Vor 75 Jahren wurde der Beginn des „Dritten Reiches“ verkündet

Das Kapital übergab Hitler die Macht – und der ergriff sie



Der greise Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler, obwohl bei der Wahl am 6.11.1932 die Nationalsozialisten zwei Millionen Wählerstimmen und 34 Sitze im Reichstag verloren haben.

Papens und des Bankiers von Schröder in dessen Haus am 4. Januar 1933, ein Treffen von Wirtschaftsführern im Hause Kirzdorfs mit Hitler, Heß und Göring am 7. Januar, ein Treffen bei von Ribbentrop mit Staatssekretär Meißner, Oskar von Hindenburg, dem Sohn des Reichspräsidenten, Hitler, Göring und Frick am 22. Januar, am 27. Januar ein Treffen Hugenburgs mit Hitler.

Letztlich kam Hitlers NSDAP – trotz des Verlustes von zwei Millionen Stimmen – als wählerstärkste Partei mit einem Anteil von 33,1 Prozent an die Macht und bildete gemeinsam mit den Konservativen eine Koalitionsregierung. Hier besaßen die bürgerlich-konservativen Politiker eine numerische Überlegenheit: Sie stellten acht Minister, die NSDAP außer Hitler mit Wilhelm Frick und Hermann Göring nur zwei. Doch Frick war Innenminister und Göring übte als Minister ohne Geschäftsbereich das Amt des kommissarischen preußischen Innenministers aus.

Der bewaffnete Polizeiparagraf befand sich somit in der Kommandogewalt Hitlers. Dazu kamen noch die „Sturmabteilungen“ (SA) mit 700 000 Mitgliedern.

Der 30. Januar 1933 markierte eine tiefe Zäsur in der deutschen Geschichte. Dieser Tag, an dem das „Dritte Reich“ begann – ab 1939 wurde diese Bezeichnung nicht mehr propagiert – leitete bekanntlich die finsterste Phase im Leben des deutschen Volkes ein. Wie haben die politischen Parteien die Machtübernahme durch die NSDAP beurteilt? Die einzige Partei, die den 30. Januar 1933 richtig bewertete – und das sozusagen bereits im Vorgriff bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 – war die KPD. Sie führte diesen Wahlkampf unter der Losung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Ihre Bemühungen um gemeinsame antifaschistische Aktionen mit der SPD und den Gewerkschaften

scheiterten.

Der vormalige Reichskanzler und nunmehrige Vizekanzler in Hitlers Regierung, Franz von Papen, meinte: „Wir haben ihn uns engagiert! In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht!“ Die bürgerlich-konservativen Politiker mutmaßten, Hitler könne mit der von ihm gebildeten Regierung seine extremen Ansichten nicht durchdrücken.

Die SPD-Zeitung „Vorwärts“ schrieb am 30. Januar 1933: „Gegenüber dieser Regierung der Staatsstreichdrohung stellt sich die Sozialdemokratie ... mit beiden Füßen auf den Boden der Verfassung. Sie wird den ersten Schritt von diesem Boden nicht tun.“

Am folgenden Tag deklarierten SPD-Vorstand und Reichstagsfraktion im „Vorwärts“ u. a.: „Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereit zu halten.“

Am 31. Januar 1933 führte Rudolf Breitscheid auf einer Tagung des Parteivorstandes aus: „Seit gestern ist Adolf Hitler Reichskanzler! Und zwar ist er Reichskanzler geworden auf legalem Wege, nicht durch einen Putsch, nicht durch einen Marsch auf Berlin ... Wenn Hitler den Weg der Verfassung beschreitet, steht er an der Spitze einer Rechtsregierung ... Es wäre töricht, wenn die Sozialdemokratische Partei und wenn die Arbeiterschaft überhaupt durch irgendwelche ungestümen und voreiligen Aktionen eine Entwicklung die sich innerhalb der Regierung vollziehen muss, hindern und hemmen würde, wenn sie dazu beitrüge, diese einander widerstrebenden Kräfte zusammenschweißen.“

Ähnlich wie die SPD positionierten sich die leitenden Funktionäre der Parteien der politischen Mitte.

Zwar hatte Hitler vor dem Reichspräsidenten von Hindenburg den Eid auf die Weimarer Verfassung abgelegt, doch bereits am 1. Februar 1933 konnte er entgegen den gerade erst getroffenen Koalitionsvereinbarungen Neuwahlen – die dritten Reichstagswahlen innerhalb von acht Monaten durchsetzen. Das sollten dann die letzten sein – und so kam es auch! Nicht Hitler wurde von anderen führenden Politikern engagiert, sondern er engagierte diese Leute, aber nur so lange er ihrer noch bedurfte. Es folgten bekanntlich Gleichschaltung, Diktatur, Krieg und Katastrophe. • WINFRIED STEFFEN

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (57)

Als 1950 bei der großen Umbenennungsaktion auch die Straßen im sogenannten Franzosenviertel in Gohlis neue Namen erhielten, da wurden die Lothringer Straße und der gleichnamige Platz nach Hans und Hilde Coppi benannt.

Hans Coppi wurde am 25. Januar 1916 als Sohn eines Arbeiters in Berlin geboren. Nach dem Besuch der Schulfarm Scharfenberg fand er keine Arbeit. Später arbeitete er als Dreher. 1932 wurde er Mitglied des KJVD. Nach der Machtübernahme durch die Nazis betätigte er sich aktiv in einer Widerstandsgruppe in Berlin-Neukölln, wurde verhaftet und 1934 wegen Verbreitung illegaler Flug-

schriften zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach der Haftentlassung fand der 19-Jährige Anschluss an eine andere kommunistische Widerstandsgruppe. Hier

Coppistraße – Coppiplatz

lernte er Hilde Rake kennen.

Hilde Rake wurde am 30. Mai 1909 in Berlin geboren. Zum Zeitpunkt ihres Kennenlernens arbeitete sie als Sekretärin der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. 1941 heirateten Hans und Hilde Coppi.

Nach Kriegsbeginn versuchten sie antifa-

schistische Gruppen in Rüstungsbetrieben zu schaffen. Sie versorgten Unterkünfte für Illegale und fanden 1939 Kontakt zur Gruppe um Schulze-Boysen/Har-

nack, der sogenannten Roten Kapelle. Hilde Coppi hörte nunmehr Nachrichten des Moskauer Senders und des „Deutschen Volkssenders“ ab und gab diese an ihre Freunde weiter. Sie notierte Grüße deutscher Soldaten aus der Gefangenschaft und benachrichtigte deren Angehörige. Hans Coppi ließ sich als Funker ausbilden und

sendete Nachrichten der Roten Kapelle in die Sowjetunion. Senderstandort war ein Boot auf den Berliner Gewässern oder die Wohnung Erika von Brockdorffs.

Am 12. September 1942 wurden Hans Coppi und seine hochschwangere Frau von der Gestapo verhaftet. Ihr gemeinsamer Sohn kam am 27. November '42 im Berliner Frauengefängnis zur Welt. Hans Coppi wurde am 19.12. vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und bereits am 22. Dezember hingerichtet. Hilde wurde am 20. Januar 1943 zum Tode verurteilt. Ein halbes Jahr konnte sie ihr Kind noch versorgen, dann wurde sie am 5. August zum Schafot geführt. • DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Lauscha, wo Reinhard Heß im Juni 1945 geboren worden war, liegt ziemlich weit weg von Leipzig und Bad Berka, wo er am Weihnachtsabend 2007 verstarb, ist auch nicht viel näher. Dennoch verdient er es, dass LN sein Leben gebührend würdigt. Eine untadelige und bewundernswerte Persönlichkeit des DDR-Sports hat uns mit ihm verlassen! Eingeschult worden war der Sohn einer Familie aus der berühmten Lauschaer Glasindustrie in den frühen DDR-Jahren und lernte nicht nur Rechnen und Schreiben, sondern auch – Skispringen. Man erinnert sich an die unzähligen Mannschaften. Kinder, die Spaß daran fanden, den kühnen Springern nachzueifern, begannen auf Mini-Schanzen, die man auch „Pionierschanzen“ nannte. Heß' Vorbild in jener Zeit war Helmut Recknagel, der sich gerade auf den Weg machte, in Squaw Valley die erste olympische Springer-Goldmedaille für die DDR zu holen. Im vorolympischen Jahr hatte auch Heß schon auf einem Siegespodest gestanden. Die einzige deutsche Sport-Tageszeitung „Sport-Echo“ hatte mehr als einen Pokal für erfolgreiche Nachwuchsspringer gestiftet und den für die 14-Jährigen gewann der Lauschaer damals in Oberhof. Bald darauf wechselte er von Lauscha nach Zella-Mehlis, wo er die Kinder- und Jugendsportschule besuchte – wenn's recht ist, auch eine nicht allzu un-menschliche „Errungenschaft“ der DDR. 1963 kämpfte er sich in die DDR-Jugendnationalmannschaft, im Jahr darauf wurde er in Johanngeorgenstadt sogar DDR-Jugendmeister. Sein Weg in Richtung Olympia schien markiert, aber bald darauf bremsten

ihn die Ärzte, als sie ein Rückenleiden diagnostizierten, das ihn fortan für alle Schanzen sperrte. Wenn's recht ist: Auch derlei gab es in der DDR: Talente wurden „aussortiert“, wenn die Diagnose der Ärzte eindeutig war. Reinhard Heß aber musste seine Liebe zu den Schanzen deswegen nicht begraben. Wenn's recht ist: Auch wenn keine Medaillen zu erwarten waren, förderte man junge Leute. In der Erfurter „Filiale“ der Leipziger Hochschule für Körperkultur und Sport, erwarb er das Diplom eines Trainers und kümmerte sich fortan um die Schüler der KJS, die er einst selbst besucht hatte. Eines Tages beförderte man ihn zum Cheftrainer des Sportklubs Motor Zella-Mehlis, jenem Klub, in dem Helmut Recknagel groß geworden war.

rektor“ Weinbuch den „Wessi“ Tusch und holte den „Ossi“ Heß. Ein Jahr später fand man wieder deutsche Springer auf den olympischen Medaillenträgen: Weißflog wurde in Lillehammer gleich zweimal Olympiasieger – Großschanze und Mannschaftsspringen – Thoma holte Bronze auf der Normalschanze. Nachdem sich Weißflog von den Schanzen verabschiedet hatte, führte Heß Martin Schmitt und Sven Hannawald in die Weltelite. Als bei den Weltmeisterschaften 2003 in Predazzo Medaillen ausgeblieben waren, wurde gegen Reinhard Heß mobil gemacht. Seine Position schien zwar unantastbar, aber es ging schon längst nicht mehr nur um sportliche Erfolge, sondern längst um das große Geld, das inzwischen an den Schanzen verdient wurde. Fernsehstationen feierten

Fabel-Einschaltquoten, Sportreporter verschwanden im Hintergrund, Unterhaltungsstars bestimmten die Szene. Die Werbeindustrie verdiente Millionen und alle wollten mitverdienen. Reinhard Heß, der noch immer auf die Methoden schwor, die er einst studiert und inzwischen modernisiert hatte, geriet endgültig ins Visier der Neider. Selbst Aktive, die ihm ihren Aufstieg verdankten, liebten sich für seinen Sturz missbrauchen. Heß wurde mit dem Job

eines einflusslosen „Super-Cheftrainers“ abgefunden, war aber inzwischen so populär, dass ihn die ARD als Kommentator engagierte. 2006 diagnostizierten die Ärzte bei ihm unheilbaren Bauchspeicheldrüsenkrebs. Mit der Konsequenz, mit der er allen Herausforderungen begegnet war, führte er den aussichtslosen Kampf um sein Leben und sah dem Ende mit bewundernswerter Willenskraft entgegen. Am 24. Dezember 2007 verließ uns diese überragende Persönlichkeit des Sports.

Dass die Medien unserer Tage ihre Nachrufe „halbieren“ und kaum eine Silbe darüber verloren, welchen Weg er in der DDR zurückgelegt hatte, mochte manchen überraschen. Wenn's recht ist: Es ist ein typisches Kapitel „Aufarbeitung“ der Geschichte. Die macht auch vor dem Grab nicht Halt.

Sportkolumne

Ein Großer verließ uns

Wenn's recht ist: Auch in der DDR gab es Jahre, in denen Skispringer medaillenlos blieben, auch in der DDR wechselte man in solchen Situationen die Trainer. Die Olympischen Winterspiele 1988 in Calgary waren die rabenschwarzesten der Geschichte. Sie forderten von allen Teilnehmern zudem Stahlseil-Nerven, neunmal zwangen Sturmböen zum Abbruch. Mit Jens Weißflog und Remo Lederer war ein aussichtsloses Duo aufgeboden, zum ersten Mal verzichtete die DDR sogar auf den Start im Mannschaftsspringen. Danach wurde Reinhard Hess DDR-Cheftrainer. Jens Weißflog feierte schon 1989 mit ihm sein Comeback: 70-m-Weltmeister und 90-m-Vizeweltmeister in Lahti. Nach der „Vereinigung“ der beiden deutschen Skiverbände überließ man Heß die B-Mannschaft der BRD. Nach dem Debakel von 1993 feuerte „Sportdi-

rosa luxemburg

Sonnabend
12.1.2008
**XIII. Internationale
Rosa-Luxemburg-Konferenz**
Vorträge, Diskussion, Konzert
**Klasse für sich.
Partei für alle?**
URANIA-HAUS
An der Urania 17
10787 Berlin
Einlaß ab 10 Uhr
Eine Veranstaltung von
jungeWelt

Vorträge 11 bis 17 Uhr

Klasse für sich.

Unsere Politik. Unsere Kultur. Unsere Medien.

Beiträge von:

Gina Pietsch, Sängerin, Schauspielerin; **Mandakranta Sen**, Schriftstellerin, Indien; **Ramón Labanino**, kubanischer Aufklärer, politischer Gefangener, zur Zeit USA; **Tubal Paex**, Vorsitzender des kubanischen Journalistenverbandes; **Mumia Abu-Jamal**, Journalist, politischer Gefangener, USA; **William Grigsby Vado** »El Chelen«, Direktor von Radio Primerísimo, Nicaragua; **Ignacio Ramonet**, Chefredakteur Le Monde diplomatique, Frankreich; **Danbert Nobacon**, Musiker, Ex-Chumbawamba, Großbritannien; **Inigo Etxerri**, Sänger der Band Xikinkoi, Baskenland; **Angelo Conti**, Sänger der Band Banda Bassotti, Italien; **Aleka Papariga**, Generalsekretärin der KP Griechenlands (KKE); **Dietrich Kittner**, Kabarettist; Moderation: **Dr. Seltam**

Podiumsdiskussion

Partei für alle?

Brauchen wir neben der »Linken« eine eigene marxistische Organisation?

mit

Sahra Wagenknecht, Mitglied des Europaparlaments/Die Linke (GUE/NGL); **Hans Heinz Holz**, Philosoph; **Markus Mohr**, Erwerbsloser, Aktivist der autonomen Bewegung; **Helmut Laakmann**, Sprecher und Motor beim Arbeitskampf im Krupp-Stahlwerk Rheinhausen; Moderation: **Dietmar Koschmieder**, junge Welt

ab 21 Uhr

Konzert

mit

Danbert Nobacon (Essänger von Chumbawamba); **Xikinkoi** (knackiger Punkrock aus dem Baskenland); **Banda Bassotti** (melodischer Ska-Punk aus Italien)

Informationen und Kartenreservierungen: Aktionsbüro junge Welt.

Telefon: (0 30) 53 63 55 10; www.jungewelt.de • www.rosa-luxemburg-konferenz.de

Eintrittspreise: Gesamtkarte (Vorträge, Diskussion, Konzert): 21,00, ermäßigt 15,00 Euro; Konferenzkarte (Vorträge, Diskussion): 13,00, ermäßigt 9,00 Euro; Podiumsdiskussion: 5,00, ermäßigt 3,50 Euro; Konzertkarte: 13,00, ermäßigt 9,00 Euro

Eine Veranstaltung der Tageszeitung junge Welt, unterstützt vom Deutschen Friedensrat, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), DGB Jugend Berlin-Brandenburg, Maria-Engels-Stiftung, Institut für Theologie und Politik, netzwerk cube – Informationsbüro – jW, IG-Metall-Jugend Berlin-Brandenburg/Sechsen, FG BRD-Fußball, GEM, ALB, Unerre Zett – Zeitung der DKP, Marxistische Blätter, Reflex, Roter Oktober, Solon, arzfi, ARAE, TJK, Ernst-Thälmann-Gedenkstätte a.V.

Der Streit im Hessischen Wahlkampf über den Umgang mit kriminellen Ausländern schwappt auch nach Hamburg über. Und das mit tatkräftiger Unterstützung von BILD: „Sie werden schon in ihren Familien zu Kriminellen erzogen.“ Und: „Leichte Strafen schrecken sie nicht ab – sie beeindruckt nur eines – die Haft!“ So hetzt das Springer-Blatt in diesen Tagen. Skrupellos wies Ministerpräsident Roland Koch mit seinem „Feldzug“ gegen ausländische jugendliche Kriminelle die Richtung. Dabei geht es dem Hessen Koch gar nicht um

Hamburger Korrespondenz

Der Aufmischer Roland Koch

Recht oder Gesetz. Es sind seine schlechten Umfragewerte zur Landtagswahl am 27. Januar, die ihm zu schaffen machen. Dass sein Rechtsverständnis stark unterentwickelt ist, hat Koch im hessischen CDU-Finanzierungsskandal nachhaltig unter Beweis gestellt. Nicht er, sondern die Staatsanwaltschaft deckte auf, wie trickreich die Christliche Schwarze Partei ihr Vermögen zur besseren Vermehrung in die Schweiz transferierte. Nun schöpft Roland Koch Hoffnung. Als zwei jugendliche Ausländer in München einen Rentner zusammenschlugen, bekam er sein Wahlkampfthema serviert. Dabei sieht der Mann sich als der Sprecher einer schweigenden Mehrheit von Deutschen.

Was Roland Koch verschweigt und nur Eingeweihten bisher bekannt war: Bis heute sind 700 Polizisten und 80 Richterstellen verschwunden, auf die kein neues Personal eingestellt worden ist. Sein tatsächliches Handwerkszeug ist also allen Beteuerungen zum Trotz: Kriminalitätsbekämpfung mit heißer Luft, schaumschlagend und ignorant.

KARL-H. WALLOCH, HAMBURG

>

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die Redaktion

Gedanken eines 80-jährigen am 1. Weihnachtsfeiertag

Weihnachten 1947 verbrachte ich als Kriegsgefangener in einem Steinbruch in der Ukraine in der Spätschicht. Da am Tag keine Sprengungen erfolgt waren, hatten wir keine Steine zum Zerschlagen und standen gestützt auf unser Werkzeuge und tauschten uns über Weihnachten aus. Unsere Gedanken weiten in der Heimat. Was wird heute auf dem Tisch stehen, haben sie einen Weihnachtsbaum, bekommt jeder ein Geschenk ...

Natürlich hegten wir alle den Wunsch, bald wieder daheim zu sein. (Bei mir sollte das erst im Oktober 1949 sein.) Unsere Sehnsucht nach einem dauerhaften Frieden war groß. Unser „Gelöbnis“ im Entlassungslager lautete daher auch: Nie wieder Krieg!

Weihnachten 2007 – in allen Medien wird bereits

viele Wochen vorher vom „friedlichen Weihnachtsfest“ geschrieben und von der wachsenden Kauflust der Menschen berichtet. Aufgerufen wird auch zu den verschiedensten Spendenaktionen und an die Solidarität der Bürger appelliert. „Großzügig“ spendet auch der Millionär – selbst der aus der Rüstungsindustrie – und bekundet so sein „Mitgefühl“.

Es tut ihnen ja nicht weh, einen Teil des Geldes, das andere für sie und ihren Wohlstand erarbeiteten, in Form von Almosen zu spenden. Hauptsache es kommt in die Medien. Politiker beteuern ihr Mitgefühl mit den Ärmsten unserer Gesellschaft und verweilen oder „helfen“ in den Einrichtungen der Tafel bzw. im Restaurant der Herzen, wo die Lebensmittel der Supermärkte, die auf Grund des

nahenden Verfallsdatums aus den Verkaufsregalen genommen werden müssen, verteilt werden.

Warum, liebe Politiker, zeigt Ihr Euch dort nur zu Weihnachten???

Wann endlich begreifen die Herren der Rüstungsindustrie, dass sie die Hauptschuld am Elend in dieser Welt tragen? Aber auch sie gehen zu Weihnachten in die Kirche, geloben christliche Nächstenliebe und beten für eine friedliche Welt.

Ach, wie heuchlerisch! Mein Traum und Wunsch von einer friedlichen Welt wird sich zu meinen Lebzeiten nicht mehr erfüllen, und so verbleibt mir beim Hören der 9. Sinfonie Beethovens nur, neue Kraft zu schöpfen für den Kampf um eine gerechte, friedliche Welt.

HANS-JOACHIM SPEER, LEIPZIG

Vor allem dem Frieden verpflichtet

Nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus führte er schon politische Gespräche mit alten Freunden. So unterschrieb der von Hermhuter Frömmigkeit geprägte Publizist und Parlamentarier den Gründungsauftrag der Christlich-Demokratischen Union. Persönliches Anliegen war ihm die Erhaltung und Sicherung des Friedens in der Zeit des Kalten Krieges. Nicht zuletzt setzte er sich für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Christen und Marxisten ein und verwies u. a. auf Berührungspunkte im Denken und Tun beider Partner.

HERMANN GERATHEWOHL, LEIPZIG

Premiere Zur Jahreswende

Der Vorhang fällt, das Stück ist aus; Zu neuem Spiel lädt Glockentakt, Es fand das alte kaum Applaus.

Prolog: Silvester: Erster Akt. Grell lärmend tritt das neue Jahr Vom Mondmehl weiß geschminkt hervor,

Konfettis ins Bajazzohaar Streut ihm ein toller Zecherchor.

Hallo! Das Sektglas in die Hand! Kollege, sagen wir uns Du: Wirf ab Dein Harlekingewand Und trag uns gute Rollen zu!

Mitspieler sind wir gern im Stück, Wenn die Kritik es jubelnd preist Und wenn sein Titel lautet: „Glück“ Und stürmischen Applaus verheißt! Arthur Silbergleit

Prosit 2008

MONICA & WOLFGANG U. SCHÜTTE, LEIPZIG

Solidarität mit LN

Eure Zeitung finde ich sehr interessant und kritisch. Da übertrefft Ihr manchmal sogar das ND. Daher möchte ich meinen monatlichen Beitrag von 20 Euro weiter beibehalten.

WERNER KOCH, LEIPZIG

Leipzigs Neue müsste unserer Meinung nach genau wie wir die im Lande von Regierung und ihren Hintermännern (sagt man noch „Monopolkapital“?) forcierte Teuerung verspüren. Daher werden wir für 2008 unsere Hilfe von 110 auf 120 Euro heraufsetzen. (vielen Dank – und haben wir nicht tolle Leser! – LN).

Um zu sehen, wie es uns trifft, habe ich für die Zeit vom 1.7. 2002 bis 1.7. 2007 unsere Nettoernte verfolgt. Aus 100 Euro sind 99,84 Euro geworden. Bei einer üblicher Weise geschätzten Inflationsrate von zwei Prozent hätten wir in der gleichen Zeit unsere Kaufkraft von 100 auf 88,44 Prozent „entwickelt“. Dank an Kohl, Schröder und Merkel für diese Vorlage ...

ANNEMARIE UND GERHARD KÜHNE, LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

NICHTS MIT WANDERUNG – einer unserer Treuesten erlitt eine Rückenblockierung und wir schnürten nur unsere Stiefel, um ihm zur Seite zu stehen. Was keiner von uns geahnt hatte: Die Zeit von Weihnachten bis ins neue Jahr war die große Urlaubsperiode der Ärzte. Damit uns niemand missversteht: Natürlich gönnen wir allen Ärzten von Herzen schöne Tage in den Dolomiten oder an Seychellen-Stränden. Aber wir setzten darauf, dass in diesem Land ein System funktioniert, das die Suche nach einem Orthopäden nicht aussichtslos werden lässt. Flugs noch eine Entschuldigung: Hut ab vor allen Orthopäden, die zwischen dem 20. Dezember und dem 7. Januar in einer Praxis tätig waren, deren

Wartezimmer überfüllt waren. Aber trotz aller Entschuldigungen, zu sagen bleibt: Wir fanden niemanden, der unseren „Paule“ von seinen Schmerzen befreien konnte.

Um vor neuen Irrtümern zu bewahren: Wir trafen viele hilfsbereite Ärzte! Der erste war in einer Rettungsstelle tätig und gab ihm drei Zäpfchen. Als wir fürchteten, dass die nicht reichen könnten, war er so freundlich noch zehn zu verschreiben. Das linderte „Paules“ Nöte, beseitigte aber nicht die Schmerzen. Jemand gab uns am nächsten Tag den Rat, die Feuerwehr zu rufen. Die kam sofort und die beiden jungen Männer wussten auch sofort, was zu tun war: Eine Rettungsstelle suchen, in der ein Orthopäde zu vermuten

war. Das waren nicht viel, aber die Feuerwehr brachte uns in eine. Dort beschieden sie den jammernden „Paule“, dass die Aufnahme in die Rettungsstelle und das Erscheinen des Orthopäden einige Zeit dauern könnte. Von drei Stunden war die Rede. „Paule“ winkte ab.

Die Geschichte ist noch längst nicht zu Ende, aber ich schließe sie hier abrupt. Am 7. Januar hatte „Paule“ einen Termin bekommen und bis dahin schnorren wir rundum bei allen Kumpels Schmerzmittel. Wir nahmen alles: Tropfen, Tabletten, Zäpfchen, sogar zwei Spritzen erwischten wir – ich sage aber nicht bei wem. Jemand, der uns nichts geben wollte, riet, doch die Gesundheitsministerin anzurufen, aber andere vermuteten,

dass die in Urlaub war. Das erschien uns logisch, denn warum

sollte sie in ihrem Büro sitzen, wenn die Ärzte in Urlaub sind? Ein Arzt verriet uns übrigens, wie sich dieses Phänomen erklärt: Die meisten Ärzte hatten ihr Jahresbudget längst erschöpft. Also überredeten wir „Paule“ das neue abzuwarten.

VORBEI NACH 45 JAHREN ist es mit dem Konsum in Lostau. Nach 45 Jahren wurde endgültig verriegelt und Simone Kreitschi verabschiedet. Der Bürgermeister war mit Blumen gekommen, eine der Kundinnen heulte. Seitdem Netto seine Filiale öffnete, hatte der Konsum ausgespielt. So ist nun mal die neue Zeit! Und Konsum? Wer denkt schon noch an den Konsum? Ein Stück Dorf geht verloren, meinten einige, aber wer weint schon dem Stück Dorf

nach?

IN HALBERSTADT HABEN SIE zwei Grundstücke getauscht und kaum jemand hat es erfahren. Jetzt hat es sich herumgesprochen, dass die Stadt am Kulturhaus, einst Zentrum des kulturellen Lebens, interessiert ist. Und so beginnt man zu fragen: Wer wird was dort treiben wollen? Vor acht Jahren wurden die Türen verriegelt, später sollen Buntmetalldiebe Kabel geklaut haben. Dabei ist das Dach demoliert worden, jetzt sind die Wände feucht. Wer einen Halberstädter nach seinen Erinnerungen an das Kulturhaus fragt, erhält oft schwärmerische Antworten. Das Haus hat tolle Tage und tolle Nächte erlebt. Inzwischen verwaltet eine Bank, was noch an Werten geblieben ist. Und nun träumt man in der Stadtverwaltung von einem Comeback? Oder vom Abriss? Niemand weiß nichts genaueres...

• KLAUS HUHN

Wo sind sie geblieben?

Rosa Luxemburg

fl : 0341-9608531

Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 15. Januar, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Diskussion: *Rosa Luxemburg und Leipzig*. Mit dem Autor Prof. Dr. Erhard Hexelschneider. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 16. Januar, 18.30 Uhr, Chemnitz
Episoden aus dem Leben der Chemnitzer Unterschicht. Vortrag und Diskussion anlässlich der Zille-Ausstellung. Mit Dr. Karlheinz Schaller und Dr. Wolfgang Uhlmann. Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 16. Januar, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *Uni als Wirtschaftsunternehmen?*. Mit Prof. Dr. Bodo Zeuner, Emeritus der FU Berlin TU Dresden, Hörsaalzentrum, Bergstr. 64

Donnerstag, 17. Januar, 17.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Über die Geheimprotokolle des Politbüros des ZK der KPdSU in der Zeit der Perestroika. Ein Blick hinter die Kulissen des höchsten Führungsgremiums der Sowjetunion*. Mit Prof. Dr. Horst Richter, Freital. Moderation: Prof. Dr. Ernstgert Kalbe. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 23. Januar, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *Unsere Schule lieb und teuer? Schule zwischen Privatisierung und Lernmittelfreiheit*. Mit Julia Bonk, MdL, schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion. WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 24. Januar, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Diskussion: „*Gerhard Fuchs. Ein Sechsstaatbürger*“. *Die Erinnerungen eines Mitteleuropa-Historikers*. Mit dem Autor Prof. Dr. Gerhard Fuchs. In Zusammenarbeit mit der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Unser Genosse
Dr. Heinz Berger
 begeht am 15. Januar
 seinen 83. Geburtstag.

Wir gratulieren
 herzlichst und
 wünschen dir, lieber
 Heinz,
**ALLES ERDENKLICH
 GUTE.**

DEINE GENOSSINNEN
 UND GENOSSEN
 DER BASISGRUPPE
 LÖBNIG II DER PARTEI
 DIE LINKE

Kommt zu
 Karl und Rosa,
 den ermordeten
 Andersdenkenden!

Sonntag,
 13. Januar,
 ab 10 Uhr
 Berlin-
 Friedrichsfelde

**Initiative
 Christliche Linke**

14. 1., 18 Uhr, Gemeindefaal
 der Nikolaikirche Leipzig:
**Wozu Polizisten Pfarrer brau-
 chen.** Referent: Wolfgang Grö-
 ger.

**Deutscher
 Freidenker-Verband**
 Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

**24. 1., 16.30 Uhr: Hitlerfaschis-
 mus – eine Diktatur unter vielen?**
 Eine Diskussionsrunde

Wir wünschen
 allen Leserinnen und Lesern
 von **LEIPZIGS NEUE**
 einen guten Start 2008.

Auch in diesem Jahr
 werden wir uns gemeinsam
 und konsequent
 für linke, alternative Politik
 in dieser Gesellschaft einsetzen.

Stadtvorstand
 Leipzig **DIE LINKE.**

Lieber
Helmut Prinz,
 zu deinem
80. Geburtstag
 am 4. Januar
 gratulieren wir dir
 aufs herzlichste.

Wir danken dir zugleich
 für dein unermüdliches
 Mitwirken am
 gemeinsamen Werk
 und wünschen dir
 viele spannende Jahre
 in guter Gesundheit.

Deine Genossinnen und
 Genossen
 von Grünau-Nordwest

Liebe
Elfriede Geisenhainer
 zu deinem
85. Geburtstag
 am 20. Januar
 gratulieren wir
 ganz herzlich.

Wir danken dir zugleich
 für deine über 60 Jahre
 währende aktive politische
 Arbeit.

**ALLES GUTE, VOR
 ALLEM GESUND-
 HEIT, WÜNSCHEN**

die Genossinnen und
 Genossen der BO 114/1

Wir müssen voll Trauer Abschied nehmen
 von unserer Genossin

Erika Mießner

24. 3. 1932 – 25. 12. 2007

Wir danken dir für die Kraft, die du trotz schwerer Krankheit
 für unsere gemeinsame Sache immer wieder aufgebracht hast.

Die Genossinnen und Genossen der Basisgruppe 442/443
 Ortsverband Dölitz/Connewitz DIE LINKE



Nix wie weg!
 Grad noch
 eine LN
 erwischt ...

Damit auch
 andere nicht
 leer ausgehen,
 sind wir
 wieder mal
 sehr auf Ihre
 Hilfe
 angewiesen.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
 Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon
 e-mail-Adresse

**ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR.
 des Werbers* bzw. Geschenkgebers***

* Nichtzutreffendes bitte streichen
 Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

- Normal-Abo (13 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probe-Abo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)
- Internet-Abo (15 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5 Euro.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug
- Geldinstitut
- BLZ
- Kontonummer
- Kontoinhaber
- Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
- Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
- 2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündige.

Sägewerker und „Eulenspiegel“

„Haargenau so hab ich sie mir erträumt die neue Welt. Hier stöhnt 'die Wirtschaft' unter der süßen Last der Maximalprofite und müht sich der Fettleibigkeit des deutschen Volkes mit Hungerlöhnen abzuheilen.“

Soweit die Sicht eines Scharfzüngigen, der zu den Weihnachtsfeiertagen seinen 70. feierte.

Ernst Röhl kommt aus der Schweriner Ecke, studierte in Leipzig Journalistik, agierte hier im „Rat der Spötter“, was ihm 1961 zwei Semester Haft wegen staatsfeindlicher Satire einbrachte. Der spätere Sägewerker, Korrektor und Gießereihilfsarbeiter war 1964 stellvertretender Chefredakteur einer Redaktion mit zwei Redakteuren und landete beim „Eulenspiegel“.

Seit 10 Jahren ist Ernst Röhl freischaffend

**„Humor is',
wenn de nich' lachen kannst,
musste dir kitzeln!“**

und vorsteuerabzugsberechtigt.

„Schopenhauer beschreibt den Witz als Zusammenbrechen einer großen Erwartung in ein Nichts. Ist es dies, was der DDR widerfährt, einer von drei Großmächten, die mit U beginnen: USA, UdSSR, Unsere DDR? Nach fast zwanzig Jahren Hakle feucht und Henkell trocken sage ich mir heute immer noch: Schade, dass Richard Wagner das nicht erlebt hat, der hätte daraus eine Oper gemacht, dass die Heide wackelt und zwar mit Helmut Kohl in der Partie des großen Geschichtsvollziehers“.

Ernst Röhl schreibt laut eigenem Bekenntnis nicht für die Nachwelt und erst recht nicht für die Mitwelt. Er wendet sich an die vielen, vie-

len Menschen, die vor uns waren. Beim Lesen des unlängst erschienenen dicken Ernst-Röhl Buches „Mit fröhlichem Gruße“ entdeckte ich auch die vielen Sichten, die im Laufe eines Lebens in mir stecken. Die Seiten des Buches, nach der Regel: „Vorwärts nach vorne, und vorwärts zur Seite!“ verfasst, lassen den Leser juchzen, glucksen, lachen und sich ärgern über sich und andere und nachdenken über ein neues Deutschland. Um es mal etwas zukunftsträgiger zu formulieren.

„Nicht jeder, der gekämpft hat, hat gesiegt, nicht jeder der gesiegt hat, hat gekämpft.“

Man liest sich fest und blättert vorwärts und rückwärts in diesem Buch Röhl'scher Erkenntnisse. Die Stimmung mitunter leicht gedämpft, aber ich lächle am Ende über Röhl's Erkenntnis: „Wie schicksalhaft das Leben doch verfliegt...“.

Unbedingt kaufen, borgen, lesen oder sich wünschen.

• MIC

Mit fröhlichem Gruße
Das dicke Ernst-Röhl-Buch
Eulenspiegel Verlag, Berlin 2007
223 Seiten, 19,90 Euro



64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Es gab diese Institution schon einmal im 19. Jahrhundert und dann in der DDR – die Gemeindegewerkschaft. Jetzt erforscht die Universität Witten-Herdecke in einem Pilotprojekt den Einsatz von Familien-Gesundheits-Pflegerinnen. Interessenten durchlaufen eine zweijährige Ausbildung, die sie selbst bezahlen müssen.

DLF 13.12.07

Ein Zusteller der deutschen Post bedient in einer Studie 160 Haushalte, ein privater Zusteller 15 bis 20 Haushalte.

DLF 14.12.07

Es zählt nicht immer der gute Geschmack, Was wir als Kitsch bezeichnen, das gefällt in Amerika. (Glasbläserin aus Lauscha)

DLF 15.12.07

Bahnchef Mehdorn will von den Organisatoren des Zuges der Erinnerung, in dem die Deportation der Juden durch die Deutsche Reichsbahn in die Vernich-

tungslager dokumentiert wird, eine Trassenbenutzungsgebühr von 300 000 Euro erheben. Minister Tiefensee sieht keine Möglichkeit, daran etwas zu ändern.

3sat 20.12.07

Und da meinten einige Schüler auf dem Erfurter Weihnachtsmarkt, dass das, was da in und um die Krippe dargestellt ist, etwas mit Rumpelstilzchen zu tun haben könnte.

Radio Thüringen 24.12.07

Ein Master Titel an der Universität Leipzig ist nichts Neues. Er wurde bereits 1985 am Institut für tropische Landwirtschaft vergeben. Die gleiche Universität, die den Masterabschluss 1989 als DDR-Relikt gestrichen hatte, nimmt nun für sich in Anspruch, diesen Titel erstmalig vergeben zu haben.

LVZ 28.12.07

• Entdeckt von
MANFRED ERBE

2008 – ungeordnete Gedanken zu Jahrestagen

Jahrestage sind Anlass, Denkwürdiges aus der Geschichte hervorzuholen. An Geschehnisse, die sich nicht auf einen bestimmten Tag datieren lassen, wollen wir hier am Jahresbeginn erinnern.

: Im Jahre 8 u. Z., vor 2000 Jahren, wurde der römische Dichter Ovid, bekannt durch sein poetisches Werk „Die Liebeskunst“, von Kaiser Augustus – ohne Gerichtsverfahren oder Senatsbeschluss – aus Rom nach Tomis am Schwarzen Meer verbannt. Offizielle Begründung: eben dieses Lehrgedicht „Ars amatoria“. Aber da das Werk zu dem Zeitpunkt schon einige Jahre bekannt war, kamen Zweifel auf. Ovid selbst deutete in seinen „Tristien“ (Klagelieder) den vermuteten wirklichen Grund nur an: Er habe etwas gesehen, was er nicht haben sehen dürfen. Wie dem auch sei – die Ausweisung unliebsamer Dichter ist durchaus kein Kind der neuesten Zeit.

: Während der Napoleonischen Herrschaft über die deutschen Lande hielt der Philosoph Johann Gottlieb Fichte an der Societät der Wissenschaften in Berlin seine berühmten 14 „Reden an die deutsche Nation“ – die erste bereits im Dezember 1807, die übrigen 1808. In dem Jahr wurden sie auch publiziert. Damit griff er unmittelbar in aktuelles Geschehen ein. Wenn seine Ideen auch nicht frei waren von nationaler Überhebung, trugen sie doch wesentlich zur Formierung des Nationalbewusstseins und zur geistigen Mobilisierung gegen die Fremdherrschaft bei. Er resümiert: „Diese Reden

sind nicht müde geworden, euch einzuschärfen, dass euch nichts helfen kann, denn ihr euch selbst ... die menschlichen Verhältnisse machen nur die Menschen sich selber und keine außer ihnen bestehende Macht.“

: Seit 1858 besteht der Leipziger E. A. Seemann Verlag, renommierter Herausgeber von Kunstbüchern und Künstlerbiographien. Flaggsschiffe waren vielbändige Künstler-Lexika. 1911 übernahm er die Herausgabe des seit 1907 erscheinenden „Allgemeinen Künstlerlexikons“ (Thieme-Becker), dessen letzte Bände (36 und 37) 1947 und 1950 erschienen. Das Werk enthält 148 180 Künstlerbiografien. Der VEB E. A. Seemann Verlag begann dann 1969 mit der Vorbereitung einer Neuauflage auf der Grundlage der nachgelassenen Zettelkästen, von denen allerdings der letzte Seemann-Erbe einen Teil illegal mit nach Köln genommen hatte. Die Neuauflage wurde zur völligen Neubearbeitung. Die ersten drei Bände des neuen „Allgemeinen Künstlerlexikons“ erschienen von 1983 bis 1989, begleitet von durchgängig positivem internationalen Echo. Noch zur DDR-Zeit wurde Band 4 satztechnisch fertiggestellt. Aber 1991 nutzte der Münchner Verlag K. G. Saur die Gunst der Stunde, um das Projekt an sich zu ziehen. Der E. A. Seemann Verlag, heute Teil einer Verlagsgruppe, steht nur noch in der zweiten Reihe deutscher Kunstverlage.

: In der preußisch-deutschen Historiografie heißt das Jahr 1888 Dreikaiserjahr.

Vor 120 Jahren starb Wilhelm I., ihm folgten sein krebserkrankter Sohn als Friedrich III., der nur noch 99 Tage zu leben hatte, und dessen ältester Sohn als Wilhelm II. Später kursierte der Spruch: „Wilhelm I. war der greise Kaiser, Friedrich III. der weise Kaiser und Wilhelm II. der Reisekaiser.“ Allein in dem Jahrzehnt vor dem I. Weltkrieg, als der Streit um Macht und Einflussphären voll entbrannt war, reiste Letzterer ein Dutzend Mal in die Donaumonarchie, mehrfach nach Italien, Russland und England, weiterhin nach Marokko, der Schweiz, den Niederlanden, in die Staaten Nordeuropas und noch 1917 nach Konstantinopel, bevor er 1918 seine Reise ins Exil antrat.

: Das Jahr 1968 als Höhepunkt außerparlamentarischer politischer Kämpfe in der BRD gab einer ganzen Generation aktiver Oppositioneller wie auch ihren Bestrebungen seinen Namen: Achtundsechziger, achtundsechziger Bewegung. Gerichtet waren die wesentlich von Studenten getragenen Massenaktionen nach dem Ende der Ära Adenauer gegen fortschreitende Militarisierung, Demokratieabbau und bestehende gesellschaftlichen Strukturen. Im Mittelpunkt standen der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung und massive Forderungen nach Aufarbeitung der NS-Zeit. In dieses Jahr fällt auch das Attentat auf den Studentenfürer Rudi Dutschke. Der beginnende Aufstieg namhafter 68er in Parlamente und Ämter und die Bildung der RAF markieren gleichermaßen das Ende der Bewegung.

• G. L.

Alle Parteien vertreten die Interessen des Volkes. Wer vertritt 2008 eigentlich die Interessen der Parteien? fragt Reinhard Lochner

Leipzigs
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

7. Januar 2008

Die nächste Ausgabe erscheint am 25. Januar 2008

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40